

Der Deutsche

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 12

Duisburg, den 22. März 1930

31. Jahrgang

Grenzlandnot und Metallarbeiterschaft

Marum behandeln wir in unserem Verbandsorgan in der Zeit großer sozialer Krisen diese Frage? — Die Grenzlandnot ist ein Ausschnitt jenes großen Fragenkomplexes, den wir bei der Darlegung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unbedingt mit berücksichtigen müssen. Alle Not und alle Widerwärtigkeit, die im gegenwärtigen Augenblick infolge der Arbeitslosigkeit auf der Arbeiterschaft lastet, prägt sich verstärkt in den Grenzgebieten aus, im westlichen Rheinland, in der Pfalz, in Schlesien, in der Grenzmark, in Danzig und Ostpreußen. Unerhörte politische Maßnahmen, sogenannte Friedensschlüsse, haben Lasten riesigsten Ausmaßes auf diese Gebiete geworfen, von denen man im mittleren Deutschland selten oder vielleicht gar keine Ahnung hat. Unter diesen Drangsalen leidet natürlich die Arbeiterschaft, und da in den Grenzgebieten eine starke Metallindustrie heimisch ist, leiden die Metallarbeiter mit am meisten. Zu zweits sind diese Grenzgebiete, selbst bei guter Konjunktur im übrigen Deutschland, wirtschaftliche und damit soziale Unruheherde, weil infolge mannigfacher Verhältnisse die Grenzgebiete oft nicht „mitkönnen“.

Da sind in erster Linie zu nennen mangelnde Verkehrsverhältnisse, die verschärft werden durch eine oft wenig politisch kluge Haltung der Reichsbahn hinsichtlich der Tarifierung. Was das Reich, Preußen und Bayern für die Grenzgebiete tun, ist ja an sich immerhin beachtlich, steht aber noch in keinem Verhältnis zu den Aufgaben und zu der Linderung der Not, die in den Grenzgebieten geleistet werden müssen. Ja, man wird die Auffassung in den Grenzgebieten nicht los, als ob in Anbetracht der schwierigen politischen Verhältnisse der Grenzlande Reich, Preußen und Bayern nur sehr langsam und bürokratisch an die Hebung der schwierigen Zustände gingen. Letztlich steht Volkstum und Deutschtum auf dem Spiel, und um das wird nicht in erster Linie in der Mitte Deutschlands, sondern an den Grenzen gefochten.

Wir vom Christlichen Metallarbeiterverband sind es gewohnt, uns am Gesamten zu orientieren und eine einseitige Interessen-Kirchturmspolitik nicht als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten. Wir sehen die Verflechtung und das Aufeinanderangewiesensein im Ganzen und suchen daraus unsere Konsequenzen zu ziehen. Und deshalb ist die Grenzlandnot und ihre Behebung für uns keine theoretische Sonntagsbetrachtung mit patriotischem Tamtam, sondern eine rauhe Alltagsarbeit, der wir uns, und wir dürfen sagen, nicht ohne Erfolg, gewidmet haben. Wir taten es um unserer Metallarbeiter willen, um unserer Industrie und vor allem um unseres deutschen Volkes willen. G. W.



Deutsches Volk!

Das Schicksal der deutschen Grenz-
lande ist dein eigenes Schicksal!

Das westliche Grenzgebiet und unser Verband

Das Rheinland hat mit am meisten von allen deutschen Landen durch Krieg und Kriegsfolgen gelitten. Die westlichen Grenzgebiete waren das Aufmarschgebiet für die deutschen Truppen. Die ersten Kriegsoperationen spielten sich in allernächster Nähe ab, und die Industrie kam in den westlichen Grenzgebieten am ersten zum Erliegen. Die Preise für Lebensmittel stiegen schon in den ersten Kriegswochen um über 200%. Die eingetretene Stodung in der Wirtschaft benutzten manche Arbeitgeber trotz Steigerung der Lebensmittelpreise zum Lohnabbau. Unser Verband mußte trotz kaum begonnenem Krieg Lohnbewegungen führen.

Die Umstellung der Industrie vom Friedens- zum Kriegsbedarf erfolgte aus durchsichtigen Gründen in den Grenzgebieten nicht so schnell wie im übrigen Reich, besonders nicht wie in Mitteldeutschland. Dadurch griff die Arbeitslosigkeit schnell um sich. Auch hier wurde unser Verband vor schwierige Aufgaben gestellt. Die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben versuchte man noch dadurch zu erschweren, daß man Funktionäre des Christlichen Metallarbeiterverbandes bevorzugt in den Schützengraben schickte, ja selbst trotz Krieg vor Maßnahmen größeren Stils nicht zurückschreckte.

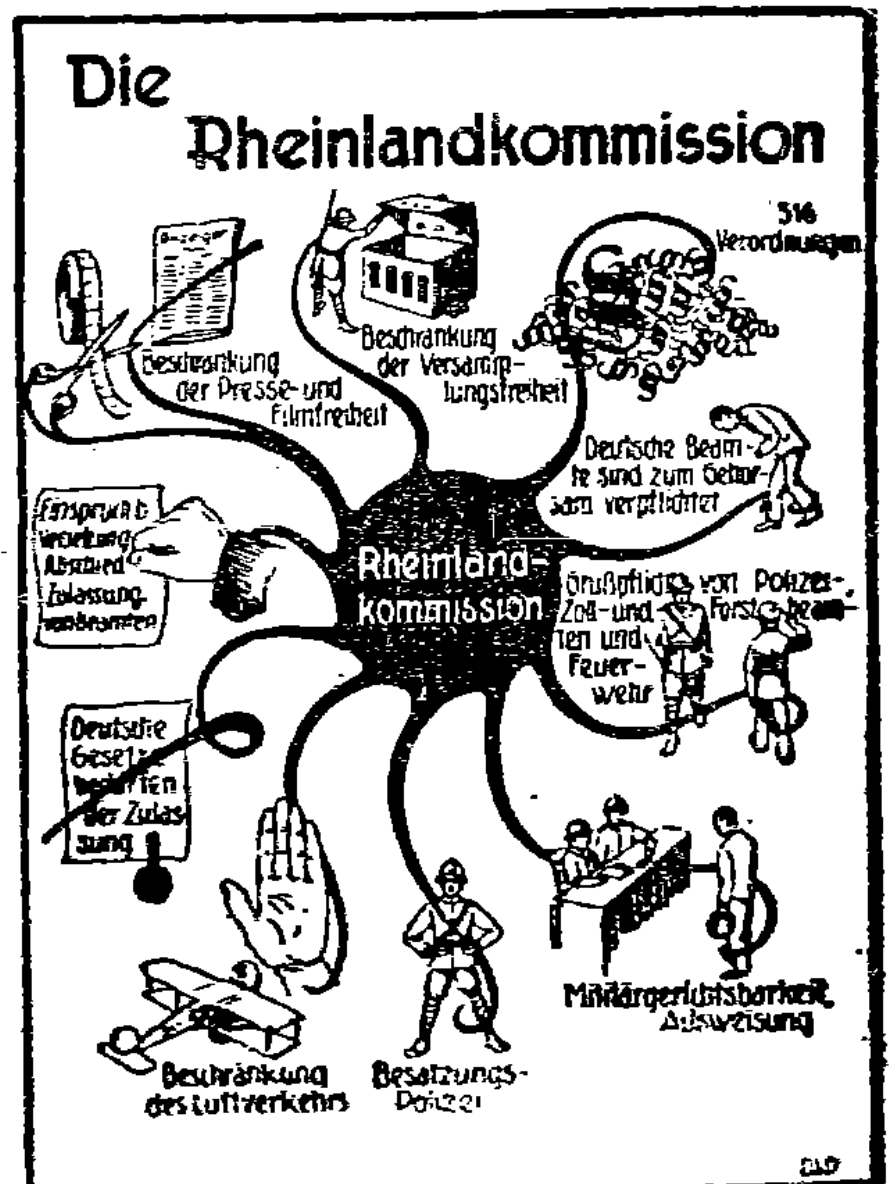
Die gewerkschaftliche Arbeit in der Zeit von Kriegsende bis zum Friedensschluß stand unter dem Einfluß der Besatzung. Alle Ortsverwaltungen, die sich im Bereiche der Besatzungszone befanden, wurden von der Verbandszentrale abgeschnürt und waren insolgedessen auf vollständig selbständiges Handeln angewiesen. Diese Zeit stellte an die Leitungen der Ortsverwaltungen besondere Ansprüche und erforderte ein selbständiges Handeln. In der Zeit des gewaltigen gewerkschaftlichen Aufstiegs war dieses selbständige Handeln dringend erforderlich, wenn man die gewerkschaftliche Arbeit und den entsprechenden Erfolg nicht anderen überlassen wollte.

Bei Lohnbewegungen fiel besonders erschwerend in die Waagschale, daß bis zum Friedensschluß die Arbeiterrechtsgesetze im besetzten Gebiet außer Kraft gesetzt waren. Für Wirtschaft und Arbeiter war dies insofern ein großer Nach-



teil, weil Differenzen sehr leicht zu ernststen Komplikationen und Streiks führten. Um dieses nach Möglichkeit zu verhüten, wurden selbst von Arbeitgeberverbänden Vorschläge zur Bildung eines Schiedsgerichtes gemacht. Diese Vorschläge, die von der Besatzungsbehörde aufgegriffen wurden, veranlaßten letztere, dem Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes einen Vorschlag zur Bildung eines Schlichtungsgerichtes zu unterbreiten. Dieser Vorschlag mußte abgelehnt werden, weil er die Gewerkschaften ausschaltete, dieselben aber doch bei Nichterfüllung eines gefällten Schiedspruches Schadenersatzpflichtig machte. Nach dem Friedensschluß kamen auch die deutschen arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen für das besetzte Gebiet in Anwendung.

Der Ruhrkrieg forderte noch einmal eine gewerkschaftliche Kraftprobe. Die Maßnahmen der Besatzungsbehörden auch gegenüber den Gewerkschaften waren schlimmer als selbst 1918/19. Aller Verkehr mit dem übrigen Deutschland war unterbunden. Nur Kurierverkehr mit stundenlangen Märschen



war möglich. Wiederum war das westliche Grenzgebiet am schwersten betroffen.

Nicht nur, daß der Verband während der Ruhraktion durch die verschärfte Zensur, durch ganz besondere Beobachtung seiner Funktionäre, durch Ausweisung von Beamten schwer zu leiden hatte, auch finanzielle Opfer blieben ihm nicht erspart. Die Beiträge von mehr als 50 000 Mitgliedern, die schon bei der Einkassierung erheblich an Wert verloren hatten, konnten stets erst nach einigen Wochen der Zentrale zugeführt werden, wenn der Wert bereits auf Null gesunken war.

Am allerschlimmsten wirkten sich aber die wirtschaftlichen Fragen durch Stilllegung der Werke aus, die bis zur Stunde noch nicht behoben sind. Das Süttenwerk Rote Erde bei Aachen und die gesamten Eschweiler Eisenwerke kamen schon im März 1923 zum Erliegen. Allein 6000 Metallarbeiter wurden davon betroffen. Ähnlich erging es dem gesamten Eifel- und Trierer Bezirk. Das Trierer Walzwerk, welches allein mit einer Belegschaft von 1200 Arbeitern rechnete, wurde nach Inhaftierung des leitenden Direktors stillgelegt und sämtliches vorhandene Material beschlagnahmt. Hinzu kommt noch, daß durch den Verlust von Elsaß-Lothringen und durch die neue Saarländergrenze der Metallindustrie des Trierer Bezirks die Hauptabgabengebiete verlorengegangen waren. Verschiedene Betriebe der Metallindustrie lieferten ihre Produkte zu 50 und 80% in das Saarrevier.

Im Aachener Bezirk wurden allein in den Jahren 1923 bis 1927 69 Betriebe mit rund 16 000 Arbeitern stillgelegt. Die Zahl der in der Nadelindustrie Beschäftigten ging von 4180 im Jahre 1925 auf 2966 im Jahre 1926 zurück.

Im Trierer Bezirk ging die Zahl der Beschäftigten von 6500 auf 2450 zurück, die Zahl der Metallarbeiter von 4000 auf 1700. Die Arbeitslosigkeit wirkte sich infolgedessen in den Grenzgebieten besonders ungünstig aus. Auf 1000 Einwohner entfielen Hauptunterstützungsempfänger im November 1926 im Reich 21,0, im Rheinland 28,7. Im Bereiche des 2. Bezirks des Christlichen Metallarbeiterverbandes zählte man im Juni 1926 52 802 arbeitslose Metallarbeiter. Die Zahlen der stillgelegten Betriebe und der davon betroffenen Arbeiter sind für den nicht erschreckend der gewohnt ist, mit Hunderttausenden zu rechnen. Betrachtet man sie aber im Zusammenhang mit der Zahl der Beschäftigten überhaupt, für den Aachener Bezirk außer Bergarbeiter 82 000, für den Trierer Bezirk 15 000, dann zeigen sie ein erschreckendes Bild.

Was aber die wirtschaftliche Notlage der westlichen Grenzgebiete besonders verursacht, sind die ungünstigen Frachtverhältnisse, hervorgerufen durch die weite Entfernung von der Frachtbasis und durch die schlechten und ungenügenden Verkehrsverhältnisse. In Verfolg dessen, daß diese Gebiete nur auf den Eisenbahntransport angewiesen sind, wirkt sich auch für dieselben die Frachtwerteuerung der letzten Jahre weit schlimmer aus als für solche Gebiete, denen andere Verkehrswege, Flüsse und Kanäle, zur Verfügung stehen.

Die Frachtwerteuerung betrug im Aachener Bezirk gegenüber 1913 beim Bezug aller Güter 66,4%, bei der Metallverarbeitung 80%, beim Versand aller Güter 75,7%, bei der Metallverarbeitung 85%. Die Verteuerung der reinen Frachtkosten betrug im Trierer Bezirk beim Trierer Walzwerk 77%, bei der Jünkerather Gewerkschaft (Eisenwerk) 90%, beim Eisenwerk Marienhütte 135%. Der Empfang an Stückgut betrug auf den Aachener Bahnhöfen 1913 97 000 Tonnen, 1926 49 000 Tonnen, der Versand an Stückgut 1913 81 000 Tonnen, 1926 41 000 Tonnen. Das ist eine Abnahme im Stückgutverkehr um 49%. Der Güterverkehr im Aachener Bezirk ist um rund 35 Millionen Reichsmark jährlich mehr belastet gegenüber dem Frieden. Die ungünstigen Frachtverhältnisse sind die Ursache, weshalb das Süttenwerk Rote Erde bei Aachen, welches 5000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte, still- und niedergelegt wurde.



Oberstein an der Nahe

Aus dem vorstehend Geschilderten erwuchs für die westlichen Grenzgebiete eine wirtschaftliche Notlage, die in ihrer Ausbreitung die schlimmsten Folgen für die Arbeiterschaft zeitigte. Daraus erwuchs für die Gewerkschaften die Pflicht, sich für die Beseitigung der Ursachen, die die Notlage verschuldeten, einzusetzen. Es sei aber ausdrücklich betont, daß man diese Arbeit hauptsächlich dem Christlichen Metallarbeiterverband allein überlassen hat. Die sozialistischen Gewerkschaften haben in der ganzen Angelegenheit keinen Finger gerührt. Jedenfalls, weil die Bezirke nicht rot genug waren. Der Christliche Metallarbeiterverband und besonders die Leitung des rheinischen Bezirks hat durch öffentliche Versammlungen, durch Presse und Schriften, durch Behandlung der Frage auf den Verbandsgeneralversammlungen die breiteste Öffentlichkeit auf die Notlage in den westlichen Grenzgebieten hingewiesen. Ganz besonders hat der Christliche Metallarbeiterverband immer und immer wieder die Forderung auf Schaffung günstiger und billiger Verkehrsverhältnisse aufgestellt. Scharf wurde betont, daß, wenn rechts des Rheins und links der Ober zur Erbreiterung und Ausbau von Wasserstraßen noch im letzten Jahre 400 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt wurden, wenn der Preussische Landtag auf die Reichsregierung einwirken soll, daß weitere 300 Millionen Reichsmark zum Ausbau des Saarländkanals zur Verfügung gestellt werden sollen, dann verdienen die Grenzgebiete erst recht Berücksichtigung. Trotz Vorstelligwerden und Vertretung von Einzel- und allgemeinen Forderungen bei den maßgebenden Regierungsstellen und in den Ausschüssen für die Grenzgebiete ist in vielen Fällen die Hilfe aus Mangel an wirtschaftlichem und politischem Weitblick versagt geblieben. Wenn man für die Industrie an der Ruhr mehr als 700 Millionen Reichsmark für die Schäden aus dem Ruhrkampf geben konnte und einem Trierer Werk, welches durch den Ruhrkampf alles verloren hatte, einige hunderttausend Reichsmark versagte, ja, wenn man Werke an den Grenzgebieten, die durch Kriegs- und Ruhrkriegsfolge zum Erliegen kamen, jede Hilfe versagte, dann läßt das auf eine ungerechte, ja unwürdige Behandlung einer Grenzbevölkerung schließen, die schon aus reinen politischen Erwägungen eine andere Berücksichtigung verdient hätte.

Der Christliche Metallarbeiterverband hat die wirtschaftliche Lage in den Grenzgebieten immer in Zusammenhang mit der Lage der in den Grenzgebieten lebenden Arbeiterbevölkerung gebracht. Die Notlage dieser Arbeiterschaft hat er unter dem Gesichtspunkte behandelt, daß sie die Notlage der Arbeiter in den anderen Gebieten, auch im Ruhrrevier, nach sich ziehen muß. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage kennt keine örtliche Grenze. Die überfällige Arbeiterschaft eines Bezirks wird niemals zum Vorteil des anderen. Sätte man sich allgemein von diesen Gesichtspunkten auch in führenden Gewerkschaftskreisen leiten lassen, dann wäre dem Christlichen Metallarbeiterverband bei der Verfolgung der Interessen für die westlichen Grenzgebiete ein Bundesgenosse entstanden und der Erfolg der gemeinsamen Arbeit wäre ein größerer gewesen.

Franz Schümmer-Köln.

Grenzlandpolitische Gewerkschaftsarbeit im Saargebiet

Für die Epigonen des 1848 um seine politische Gleichgeltung auf den Barrikaden kämpfenden Bürgertums war bis weit in die Kriegsjahre hinein die deutsche christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung der Ausbund alles Schlechten. Besonders im Saargebiet wurden nicht nur von einem scharfmacherisch gesinnten Unternehmertum der Organisation die größten Schwierigkeiten gemacht.

Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaftsbewegung bedeutete zwar nicht offiziell den Verlust der bürgerlichen „Ehrenrechte“, wohl aber auf der Arbeitsstätte die Gewißheit, den geringst möglichen Lohn zu erhalten. Bergwerksdirektion, Eisenbahnverwaltung und Schwerindustrie hielten die Gewerkschaftsbewegung für höchst überflüssig, ja schädlich. Dieser Zustand hielt, gestützt durch die Militärbehörden im Saargebiet bis Kriegsende an. Dann kam der Zusammenbruch. „Rot“ wurde Trumpf. Die bis dahin zu 90% in gelben Werkvereinen „organisierte“ Arbeiterschaft schloß sich in hellen Haufen den Organisationen an, deren „Führer“ als Arbeiter- und Soldatenräte die „neuen“ Gewalten verkörperten. Diejenigen aber, die bis dahin unter den drückendsten Verhältnissen Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes waren, blieben ihrer Ueberzeugung treu und führten den Teil der Arbeiterschaft dem Verbands zu, der es ablehnte, den roten Taumel mitzumachen.

Die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte aber war von kurzer Dauer und wurde abgelöst durch die französischen Militärs. Die Friedensverhandlungen begannen. Das Saargebiet wurde Objekt eines Schachers, den sogar der italienische Ministerpräsident Ritti als ein „ekelhaftes Spiel von Heuchelei, Unehrlichkeit und Demagogie“ bezeichnete.

Frankreich streckte seine Hand nach dem urdeutschen Saargebiet aus. Dieses sollte mit seinen Kohlenschächten und seiner Schwerindustrie als Ergänzung und Abrundung des von Frankreich „befreiten“ Lothringers Industriegebietes dienen. Unter Hinweis auf die ausgefallene Förderung der durch Kampfhandlungen beider Parteien zerstörten Gruben in Nordfrankreich und durch das Märchen von den angeblich im Saargebiet vorhandenen 150 000 französisch gesinnten Einwohnern gelang es Frankreich zwar nicht, wie beabsichtigt, das Saargebiet sofort zu annektieren, wohl aber der deutschen Staatshoheit zu entziehen und der Herrschaft des Völkerbundes, d. h. Frankreichs und Englands, zu unterstellen.

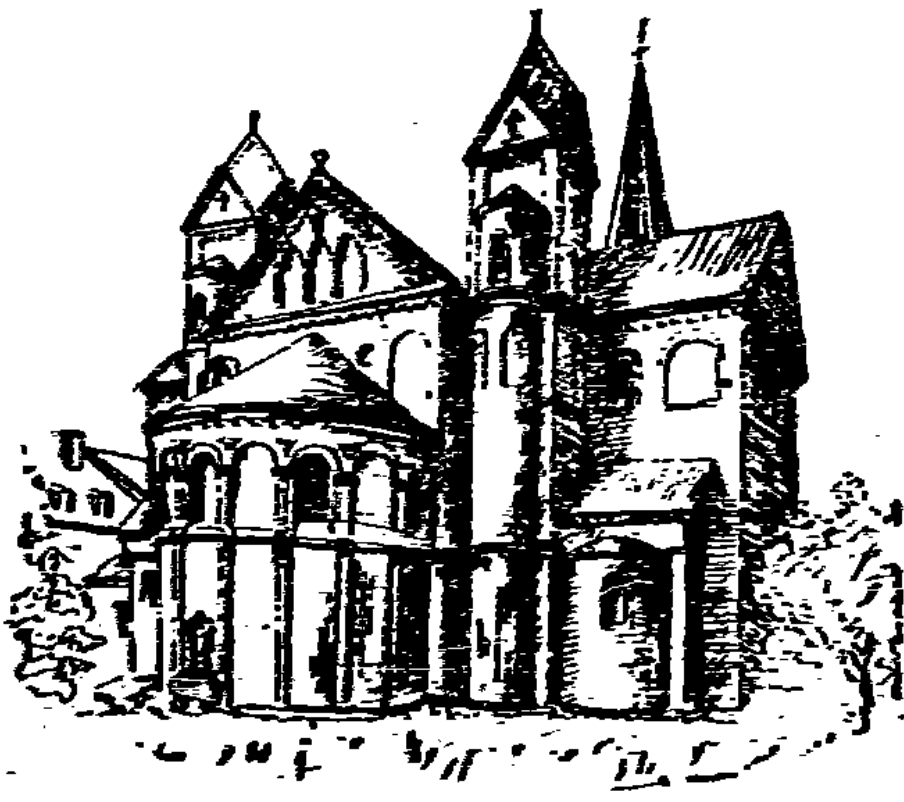
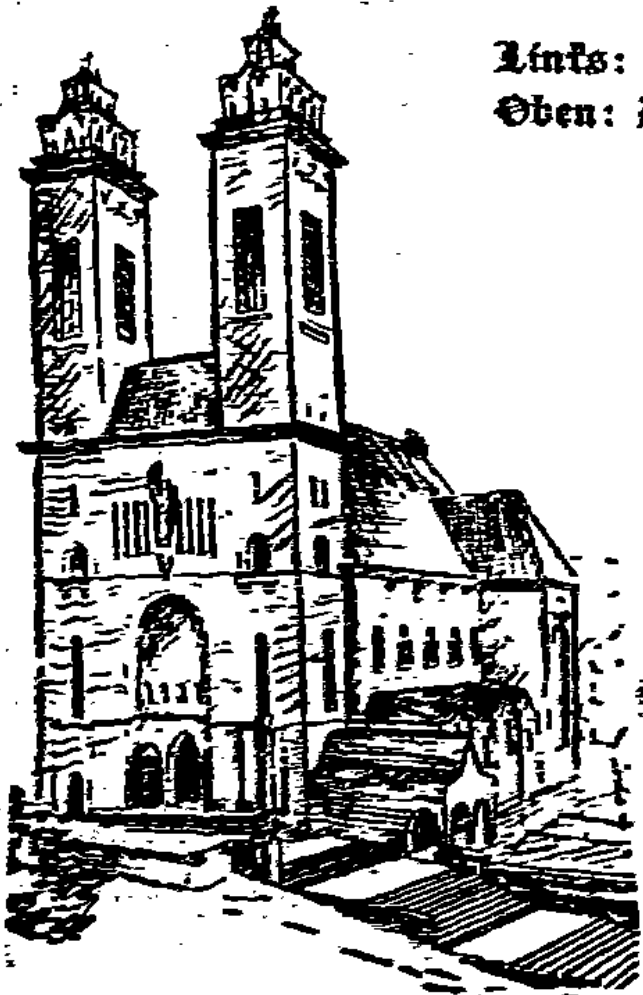


Bis zum Jahre 1935, dem Zeitpunkt, an dem die Bevölkerung ihr Geschick wieder selbst bestimmen sollte, glaubte Frankreich, die endgültige Annexion durchgeführt zu haben. Gestützt auf die früheren Zustände des Saargebietes, wo es politisch und wirtschaftlich keine eigene Meinung der Arbeiterbevölkerung geben durfte und es jedem einzelnen eingebläut wurde: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“, sollte dieses Ziel erreicht werden.

Die allgemeinen Voraussetzungen zur Verwirklichung dieses Planes schuf der „Friedensvertrag“, indem er die Kohlen- und Gruben dem französischen Staate zur „uneingeschränkten Ausbeutung“ überließ.

Damit wurde Frankreich nicht nur der Besitzer des Urstoffes der Saarwirtschaft, sondern auch der „Brotherr“ von rund 65 000 Arbeitern. Nun galt es, die zweite Schlüsselindustrie des Saargebietes, die Hütten- und Metallindustrie mit fast derselben Arbeiterzahl, unter französischem politischen Einfluß zu bringen. „Ein aussichtsloses Beginnen“, wird der Außenstehende denken; denn die Besitzer der saarländischen Hüttenwerke hatten doch den Patriotismus in Erbpacht genommen. Eher glaubte der saarländische gute Bürgersmann,

Links: Michaelstirche in Saarbrücken. Mitte: Alte Kirche zu Merzig. Rechts: Blick ins Saartal
Oben: Dom zu St. Wendel



daß die Welt unterginge als saarländische Hütten in dem Besitz des „Erbfeindes“ zu sehen. Aber der „Bürger“ denkt, und der Generaldirektor lenkt. Mit Ausnahme der Dörlinger Werke ging die Aktienmehrheit sämtlicher Saarrhütten (die Burbacher Hütte gehörte ohnehin schon dem Arbedkonzern an) in französischen Besitz über.

Die Loslösung der Saarbahnen von der deutschen Eisenbahnverwaltung und ihre Unterstellung unter einen französisch gesinnten Belgier vollendete die wirtschaftspolitische Machtstellung Frankreichs als Arbeitgeber im Saargebiet.

Die Einführung der französischen Währung und Verschärfung der saarländischen Versicherungsträger vervollständigten die französischen Absichten.

Die Annexion der Wirtschaft, d. h. der Betriebe, war gelungen; nun sollte die „Seele des Arbeiters“ über die Gewerkschaften erobert werden. Und hier scheiterten die französischen Pläne. Der ärmste Sohn des verarmten deutschen Vaterlandes war auch im Saargebiet dessen treuester. War auch der Kampf der christlichen Gewerkschaften und besonders des Christlichen Metallarbeiterverbandes gegen die Einführung des von einem Teile der freien Gewerkschaften geforderten französischen Frankens und gegen die Loslösung der saarländischen Versicherungseinrichtungen von denen des Reiches erfolglos, so war der Verteidigung der nationalen und kulturellen Güter der Saararbeiterschaft durch die christlichen Gewerkschaften ein voller Sieg beschieden.

Im Jahre 1924 war die wirtschaftliche Annexion des Saargebietes nicht durch Schuld der Arbeiterschaft, sondern durch Versagen der übernationalen früheren Machthaber vollendet. Die politische Annexion scheiterte an der vorbildlichen nationalen Einstellung besonders der christlichen Gewerkschaften, die heute als stärkste Gewerkschaftsbewegung im Saargebiet dominieren.

Nun galt es, den Kampf zu führen um das Weiterbestehen dieser Wirtschaft in der Hoffnung auf „Desannexion“. 1925 wurde die wirtschaftspolitisch geradezu widersinnige Zollgrenze zwischen Reich und Saargebiet aufgerichtet und die Saarwirtschaft dem französischen Zollgebiet eingegliedert. Ohne Erleichterungen und Entgegenkommen durch das Reich wäre das Saargebiet eine wirtschaftliche Wüste geworden. 180 000 Arbeitern, mit ihren Familien 750 000 Menschen, drohte die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz unter den Füßen zu verschwinden. Mit ganzer Kraft setzte sich der Christliche Metallarbeiterverband ein für ein Entgegenkommen des Reiches, das durch das System der Zollstundungen diese

schwere Uebergangszeit für die Saarwirtschaft erträglich gestaltet. Der Dank der Unternehmer an die Arbeiterschaft bestand in der von französischer ministerieller Seite aus befohlenen Herabsetzung der Löhne um 10% Anfang 1927.

Gerade die Lohnfrage wurde ein Angelpunkt des Ringens. Die Versorgung der saarländischen Opfer der Arbeit, der Unfall- und Altpensionäre, Witwen und Waisen war bis zum Jahre 1924/25 noch mehr als kläglich. Ohne Berufsegoismus trat der Christliche Metallarbeiterverband für eine alle umfassende bessere Versorgung dieser Ärmsten der Armen ein.

Die vom Christlichen Metallarbeiterverband an der Saar bei jeder Gelegenheit geforderte Rückkehr des Saargebietes zum Reiche warf eine Menge neuer wirtschaftspolitischer Probleme auf. Verkehrs- und Frachtenfrage wurden zu Lebensfragen für das Saargebiet. Der Christliche Metallarbeiterverband hielt es für seine Pflicht, unter Ablehnung aller parteipolitischen Winkelzüge hier mitführend tätig zu sein. Klar und eindeutig schälte die Saarbrücker Generalversammlung des Verbandes 1928 die Forderungen der Saarwirtschaft auf diesen lebenswichtigen Gebieten heraus.

Der Christliche Metallarbeiterverband hat den Weg gezeigt, der zum Erfolge führen muß. Anerkennung des Arbeiters als gleichgeachteter Industriebürger, als verantwortlicher Mitträger der Wirtschaft bildet die Voraussetzung zur Schaffung der an der Saar notwendigen Gefahrgemeinschaft und deren Erfolg. Nicht geht es um den Profit eines internationalen Unternehmertums, sondern um die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft einer bodenständigen Arbeiterschaft. Führt dieser Vorschlag zum Ziele, und er wird es, dann hat der Christliche Metallarbeiterverband eine geschichtliche und im wahren Sinne des Wortes nationale Tat für die Bevölkerung des Saargebietes vollbracht.

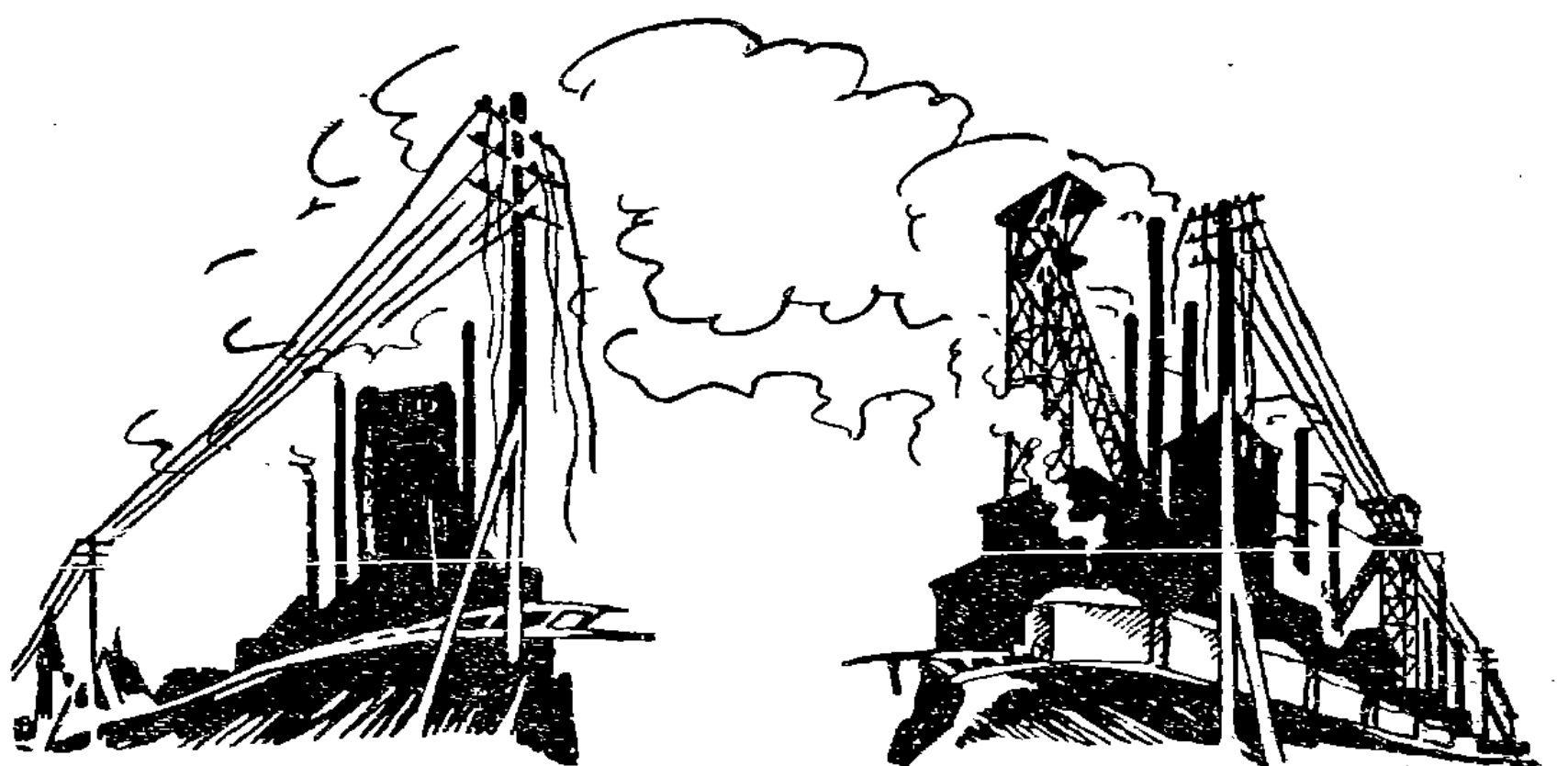
Von 1919 bis 1922 standen die Gewerkschaften und ihre Führer fast allein im politischen Kampfe des Saargebietes. Sie haben sich, und das gilt besonders vom Christlichen Metallarbeiterverband, auch der Schwere des Kampfes um die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Gebietes und seiner schaffenden Bevölkerung nicht entzogen. Der Verband erfüllte damit seine Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft und dem Vaterlande, erfüllt dieselbe, trotzdem heute, wo es ungesährlich ist und Gewinn und Anerkennung winkt, die „Saargebietsretter“ wie Pilze aus der Erde schießen. Die Arbeiterschaft des Saargebietes aber unterscheidet den Spreu vom Weizen und wird durch Stärkung des Verbandes auch weiterhin wahrhaft wirtschafts- und volkerhaltende Arbeit leisten.

Otto Pick-Saarbrücken.

Schlesische Wirtschaftsnot und Metallarbeiter



So sind die Grenzen Schlesiens, wie das nebenstehende Bild es zeigt. Ein durch Friedensdiktate wirtschaftlich zerrissenes und seines Absatzmarktes vielfach beraubtes Land. Polen hat mitten durch deutsches hochindustrielles Gebiet seine Grenzlinien gezogen. Es gibt wohl kaum ein Gebiet im deutschen Vaterlande, das so hart mit schwersten Wirtschafts- und Lebensbedingungen zu kämpfen hat, wie die beiden Provinzen Schlesien (Nieder- und Oberschlesien). Die tiefste Ursache dieser Not ist darin zu suchen, daß ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Verbundenheit Teile der Provinzen durch den Friedensvertrag abgerissen und fremden Staaten zugeschlagen wurden. „Lastete auf Deutschlands Westen“, so heißt es in einer Denkschrift der Landeshauptleute der beiden Ostprovinzen, „bisher eine sichtbare



Befahrung, so ist auf dem deutschen Osten die unsichtbare Befahrung schwerster Wirtschaftsnot.“

Der verlorene Krieg hat dem deutschen Vaterlande im Osten wohl die tiefsten Wunden geschlagen. Die oberschlesische Industrie verstümmelt, die Provinzen zerfehrt, in dessen Gauen Not und Sorge seit dem Kriege in jedem Haushalt wohnen. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind erschüttert und das Land befindet sich in einem harten, sich ständig noch verschärfenden Existenzkampf. Stillgelegte Industrien, fehlende Verkehrswege und Kultureinrichtungen, wachsende Arbeits-



Links: Ober-Glogau
Mitte: Hindenburg



losigkeit, dauernd zunehmende Abwanderungen, Zusammenbrüche der Wirtschaft, das ist das Bild der Gesamtlage in Schlesien, wie es sich zur Stunde ansieht.

Durch die Gebietsabtrennung auf Grund des Diktates von Versailles und Genf hat Niederschlesien 51 000 Hektar Land mit 26 000 Menschen verloren. Oberschlesien triffst ein Verlust von 350 000 Hektar Land mit 941 000 Menschen, zusammen 401 000 Hektar und 967 000 Menschen. Damit waren verbunden schwere Einbrüche in die Wirtschaftskapazität; es gingen verloren: 49,1 Milliarden Tonnen Steinkohlevorräte, 9 Millionen Tonnen Zink- und Bleierz, 53 Steinkohlenbergwerke, 10 Zink- und Bleierzgruben, 22 Hochofen, 13 Eisen- und Stahlgießereien, 9 Stahlwerke und 9 Walzwerke. Gerade Oberschlesien, das in höchster Entwicklung stehende Industriegebiet, ist brutal zerschnitten worden. Die Nachbarstaaten Polen und die Tschechoslowakei haben dadurch eine bisher nicht gekannte Selbständigkeit erhalten, die für die Provinzen Schlesien die Rückwirkungen in tiefsten Abjahverlusten hat. Das Bestreben der Nachbarstaaten zielt ganz offen darauf ab, die deutschen Handelsinteressen keinesfalls zur Entfaltung kommen zu lassen, um die wirtschaftliche Machtstellung schneller für sich auszunutzen und die alten Absatzgebiete an sich zu reißen. Hinzu kommen aber noch, wie bereits oben betont worden ist, grenzpolitische Auswirkungen. Auf Grund der Zerstückelung der Ostprovinzen haben die beiden Provinzen Schlesien jetzt 1148,8 Kilometer Auslandsgrenzen aufzuweisen. Die Zerstückelung der Verkehrswege macht sich ebenfalls bitter bemerkbar. Es sind infolge der Grenzziehung in Schlesien zerschnitten worden: 39 Eisenbahnlinien, 70 Kunststraßen und 289 sonstige Landstraßen.

Ist das Vorbezeichnete schon außerordentlich behinderlich für die Entwicklung der schlesischen Wirtschaft, so lastet der Verlust der alten Absatzgebiete mit besonderer Schwere auf Schlesien. Die in diesen Provinzen bodenständige Industrie hatte von jeher starke Wirtschaftsinteressen und Absatzmöglichkeiten im Osten bejessen, und zwar gilt das nicht nur allein für den ferneren Osten, Balkan, Rußland und China, sondern auch die alten Absatzgebiete in Posen, West- und Ostpreußen sind durch die Frachtfenere und Tarifpolitik der Eisenbahn

ganz wesentlich gegen früher verringert. Oberschlesien hatte z. B. früher mit der Lieferung von Kohlen und Eisen in Ostpreußen eine Monopolstellung, die heute fast völlig verloren ist. Um einen Einblick in die Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn und polnischen Bahnverwaltung zu gewinnen, lassen wir folgende Tarif- und Fracht-

sätze für die Strecke Polnisch-Oberschlesien nach dem Hafen Gdingen einerseits und Deutsch-Oberschlesien nach Stettin andererseits, die beide fast gleich lang sind, folgen.

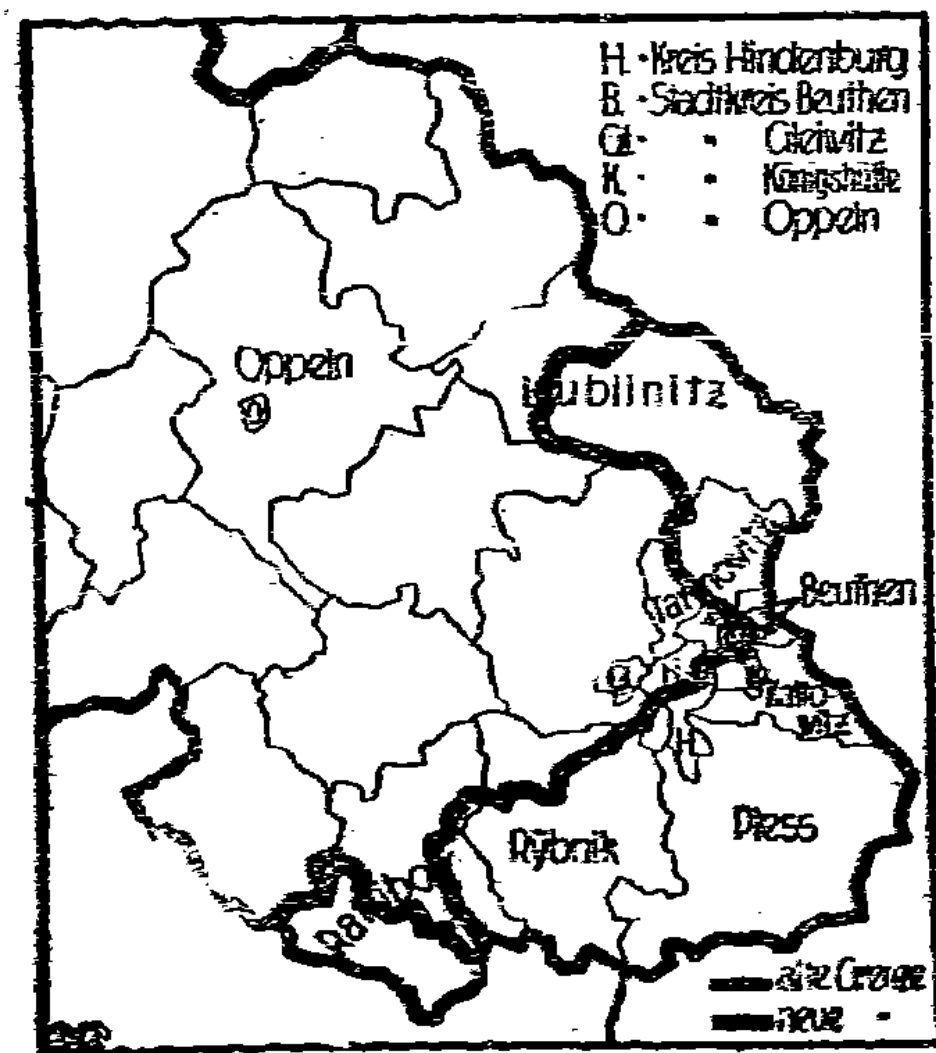
Fracht für 1000 Kilogramm:	Polnische Bahn:	Deutsche Bahn:
Steinkohle	3,39 RM	9,20 RM
Roheisen zur Ausfuhr über See	7,62 "	12,- "
Roheisen zum Ortsverbrauch	11,29 "	18,10 "
Stahl und Formelisen wie Bleche zur Ausfuhr	7,80 "	11,90 "
desgleichen zum Ortsverbrauch	18,33 "	28,70 "

Wie schlimm die wirtschaftliche Lage ist, ergibt sich auch aus folgendem: Das niederschlesische Kohlengebiet exportierte früher 40% seiner Kohlen nach Oesterreich, dagegen heute in die Nachbarstaaten 4%. Oberschlesien war vor dem Kriege am Eisenbahngüterverkehr des Deutschen Reiches mit 53 Millionen Tonnen = 13%, gegenwärtig mit 29,4 Millionen = 6,8% beteiligt.

Wie arm die Bevölkerung in Schlesien geworden ist, ist aus dem Einkommensvergleich deutscher Landestelle im Jahre 1926 zu ersehen. Die beiden Provinzen Schlesien liegen 36 bis 68% niedriger als der Anteil am steuerbaren Gesamteinkommen Deutschlands ist. Deutlich wird die Not, wenn man die Vermögenssteuer betrachtet. Berücksichtigt man die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Beträge an Vermögenssteuer in den einzelnen Bezirken, so stellt sich wieder heraus, daß Schlesien längst nicht an den Reichsdurchschnitt, der 6,30 RM beträgt, heranreicht. In Breslau beträgt die Vermögenssteuer 4,90 RM, in Oberschlesien gar nur 3,20 RM pro Kopf der Bevölkerung. Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß auch die Steuerkraft weit unter dem Reichsdurchschnitt liegt. Die Folgen davon sind große Steuerrückstände. Aus diesem Grunde heraus ist es kaum möglich, daß die Bevölkerung in diesen Provinzen sparen kann. Die geringsten Einlagebestände je Kopf der Bevölkerung haben wiederum Ober- und Niederschlesien im Reich zu verzeichnen. Die Armut der Bevölkerung kann auch noch dadurch deutlich gemacht werden, daß das Arbeitereinkommen weit unter dem Reichsdurchschnitt liegt, teilweise sogar bis zu 35% unter dem Reichsdurchschnitt. Das kommt aber nicht nur daher, daß die Lohnsätze weit schlechter sind als in den übrigen Teilen Deutschlands, sondern das kommt mehr von der ungeheuren großen Arbeitslosigkeit. Die Betriebe schrumpfen immer mehr und mehr zusammen, und so ist es gar nicht verwunderlich, daß Zahlungseinstellungen und Konkurse wiederum in Schlesien außerordentlich groß waren. Während im ganzen Reichsgebiet im Jahre 1929 eine Steigerung der Konkurse um 35% zu verzeichnen war, stiegen die Konkurse in Niederschlesien um 60% und in Oberschlesien gar um 75%.

Die ungeheure wirtschaftliche Notlage wirkt sich natürlich auch in den Krankheitsercheinungen der schlesischen Bevölkerung aus. Hier ist an erster Stelle die Kindersterblichkeit zu nennen, die in Ober- und Niederschlesien die höchsten Ziffern im Reich aufweist. In Oberschlesien betrug die Kindersterblichkeit 12,9%, in Niederschlesien 12,4%, während der Durchschnitt für Preußen auf 9,7% steht. Die Tuberkulosensterblichkeit hat ebenfalls einen hohen Anteil. Sie beträgt in Oberschlesien 12,08 auf 1000 Einwohner.

Die gewerbliche Produktion in Schlesien hat eine große Bedeutung. Die stärkste Industrie, was die Zahl der Be-



schäftigten anbelangt, hat Niederschlesien aufzuweisen, das mit seiner Arbeiterzahl dicht an die Westfalens heranreicht. Den Anteil der beiden schlesischen Provinzen an der industriellen Erzeugung des Reiches geben folgende Zahlen wieder. Im Jahre 1927 betrug in beiden Schlessien die Gewinnung von verwertbarer Kohle 16,4% der Reichsförderung, davon Oberschlesien allein 12,6%. Die Förderung von Blei, Silber- und Zinkerzen beläuft sich auf 32,5 bzw. 44,4% der Gesamtförderung im Reich. Die Produktion in Eisen- und Stahlgießereien in den Ostprovinzen stellt dem Werte nach rd. 15% der Erzeugung in Preußen dar.

Aus diesem Grunde haben sich die christlichen Gewerkschaften und insbesondere der Christliche Metallarbeiterverband seit Jahren bemüht, der Wirtschaftsnot in Schlessien Herr zu werden. Durch besondere Forderungen, die aufgestellt wurden, um den einzelnen Wirtschaftsgebieten zu helfen sowie die Wirtschaft insgesamt in Gang zu bringen und bei der Regierung und sonstigen Stellen eingereicht wurden, sollte

versucht werden, der Not beizukommen. Durch Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien, Eisenbahndirektionen und sonstigen Verwaltungen, durch Eingaben und Denkschriften aller Art hat der Christliche Metallarbeiterverband versucht, das Los der Arbeiterschaft zu bessern. Daß das bisher nicht gelungen ist, liegt nicht etwa an dem guten Willen, sondern an der Schwerhörigkeit gewisser Berliner Regierungsstellen, die den deutschen Osten scheinbar etwas zu stiefmütterlich behandeln. Es wird Aufgabe des Christlichen Metallarbeiterverbandes sein und bleiben, dafür Sorge zu tragen, daß jetzt, nachdem vom deutschen Westen ein Teil der Belastung genommen worden ist, für den deutschen Osten und insbesondere für die Provinzen Schlessien für Hilfe gesorgt wird.

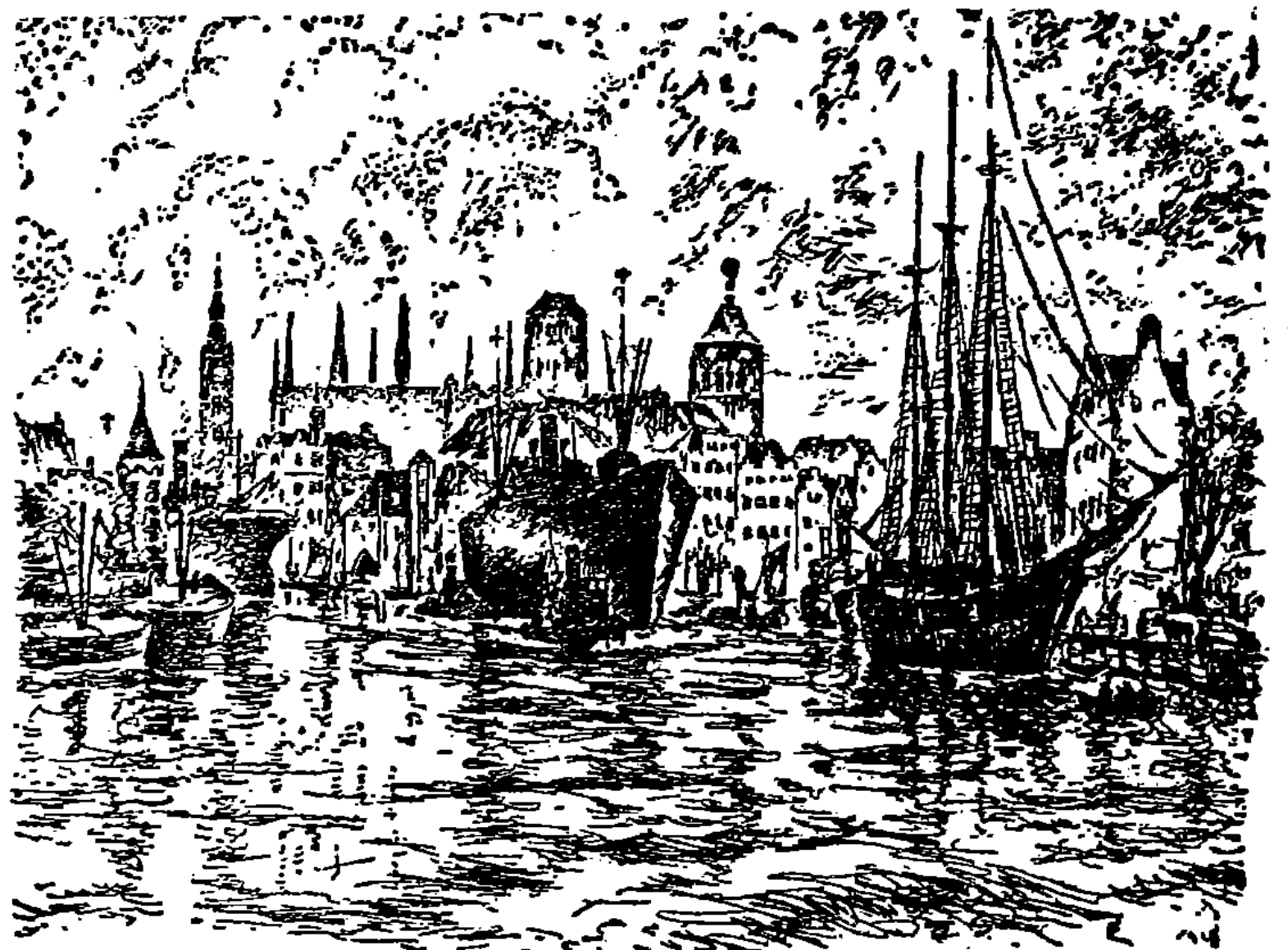
Um dieser Forderung aber mehr Nachdruck zu geben, ist es Aufgabe der schlesischen Arbeiterschaft und insbesondere der schlesischen Metallarbeiterschaft, sich zu organisieren im Christlichen Metallarbeiterverband. Trawinski-Breslau.

Grenzlandarbeit unseres Verbandes an der Weichsel

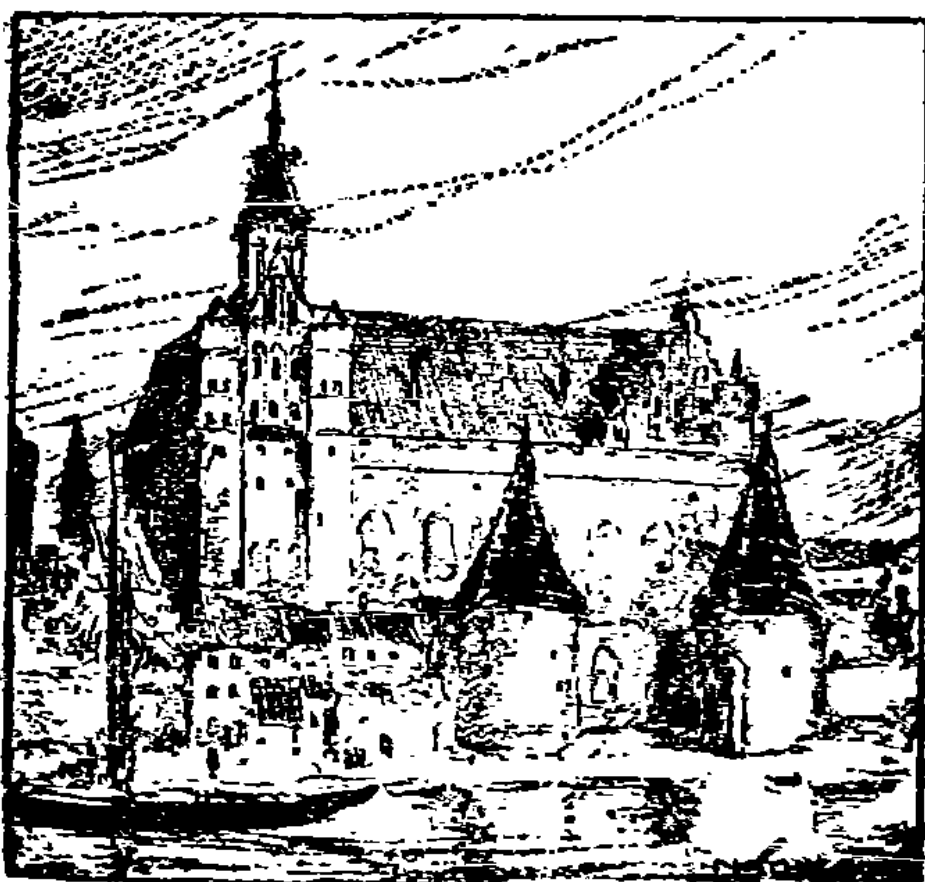
Als am 28. Juni 1919 der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde, griff dieser Vertrag mit harter Hand in das Schicksal der Danziger Wirtschaft ein. Laut Artikel 104 des obengenannten Vertrages soll die Freie Stadt Danzig in die Zollgrenzen Polens eingeschlossen werden. Ferner verlangt dieser Artikel die Einrichtung einer Freizone im Danziger Hafen. Es wurde festgelegt, daß Polen die freie Benutzung und den Gebrauch der Wasserstraßen, der Docks, der Binnenhäfen, Landstraßen und der sonst im Gebiet der Freien Stadt Danzig gelegenen, für die Ein- und Ausfuhr Polens notwendigen Ladungen gewährleistet werden soll.

Gemäß dieses Vertrages wurde am 9. Januar 1920 in Paris verhandelt und zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen ein Vertrag festgelegt, daß die Freie Stadt Danzig in die polnischen Zollgrenzen ausgenommen werden soll. Polen und die Freie Stadt Danzig sollen mithin ein einziges Zollgebiet bilden, welche der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Zolltarif unterstellt sind, was 1922 Wirklichkeit wurde.

Durch diesen zollpolitischen und wirtschaftspolitischen Umschwung wurden namhafte Industrien und Handelshäuser



lahmgelegt. Der Getreidehandel wurde ruiniert, der Zuckerverhandlung durch diese Maßnahme erledigt. Die beiden in Danzig vorhandenen Zuckerraffinerien, in denen 800 bis 1000 Arbeiter beschäftigt waren, wurden stillgelegt und zum Abbruch vergeben. Die Werftbetriebe Schichau (Danzig), Danziger Werft (ehemalige Kaiserliche Werft), J. W. Klawitter-Wojan, einst die Grundlagen der Danziger und westpreussischen Metallindustrie, die mehr als 7000 Arbeitern jahrein und jahraus Arbeitsmöglichkeiten gaben, haben heute kaum noch die Hälfte an Arbeitskräften. Die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen haben ihre Pforten geschlossen. Die Kettenfabrik mit ihren 400 Arbeitern liegt seit dieser Zeit still. Die Waggon-



Marienburg



Königsberg. Bild oben: Danzig

Die Völkervermehrung der Grenzmark

Bevölkerungszunahme wichtiger als 1871	
1929 (Bismarck seit 1871) (Grenzmark)	
Königsberg	100
Marienburg	100
Stettin	100
Coblenz	100
Breslau	100
Öst	100
Frankfurt	100
Dresden	100
Reich	100

fabrik, im Frieden mit 600 Arbeitern, hatte zeitweise nur 180 bis 200 Arbeiter aufzuweisen.

Der niedrige Stand der polnischen Valuta, die niedrigen Löhne und Soziallasten in Polen bringen es mit sich, daß die polnischen Industrien billiger produzieren können, zum Schaden Danzigs. Hinzu kommen noch die hohen Zollmauern, die Polen errichtet hat, wodurch die Absatzmöglichkeit der Danziger Produkte erschwert wird.

Bis Ende des Jahres 1928 hatte Polen für die Danziger Gebiete noch den gebrochenen Eisenbahntarif, d. h. für sämtliche Produkte und Waren, die aus Polen und Polnisch-Oberschlesien nach Danzig kamen, mußte die Fracht bis Dirschau (Czjew) mit der niedrigen polnischen Valuta und von Dirschau bis Danzig mit der hochwertigen Danziger Valuta bezahlt werden, wodurch eine weitere Verteuerung der Produkte eintrat, und das alles, trotzdem Danzig und Polen ein einheitliches Zollgebiet bilden.

Vom gleichen Schicksal wie Danzig sind auch die Provinzen Westpreußen und Ostpreußen betroffen worden. Am 10. Januar 1920 wurde das Urteil über das Schicksal der Provinzen rechtskräftig, die Verteilung der Provinzen Tatsache. Hierdurch wurde die vielversprechende Entwicklung der Provinzen stillgelegt. Große Teile der Provinzen gingen an Polen verloren. Die Abtrennung vom Deutschen Reiche wirkte sich besonders schädlich aus auf dem Gebiete der Kapitalbeschaffung und der Kreditgewährung. Die schwierige wirtschaftliche Lage verhinderte eine nennenswerte Kapitalbildung bei den Banken und Sparkassen, und bei den Geldgebern im Reiche herrschte wegen der Unsicherheit der Verbindung mit Ostpreußen und wegen der bekannten annexionsistischen Einstellung Polens gegenüber Ostpreußen große Zurückhaltung und Vorsicht. Hierunter leiden die Landwirtschaft wie auch die vorhandenen Industrien.

Die Industrien sind ihrer Absatzgebiete und ihres Hinterlandes beraubt, von ihren Rohstoffgebieten sind sie abge-

schnürt, und durch hohe Zölle und Frachten wird die Produktion und dadurch auch die Absatzmöglichkeit beeinträchtigt. Besonders die Industrie Elbings mit ihren großen Unternehmen Schichau (Schiffs- und Lokomotivbau), Komnik (Automobile), die Emaille- und Blechwarenindustrie usw. sind in ihrer Entwicklung gehemmt. Schichau (Elbing) hatte vor dem Frieden von Versailles eine Arbeiterzahl von 7500 zu verzeichnen, während heute nur noch 2500 Arbeiter beschäftigt sind. Eine vollständige Stilllegung der Betriebe Schichau (Elbing) und Komnik (Elbing) wie auch Schichau (Danzig) und Waggonfabrik (Danzig) wären für Ostpreußen und auch für Danzig zu einer Katastrophe geworden.

Durch die Mithilfe des Christlichen Metallarbeiterverbandes war es möglich, diese Betriebe für die Produktion zu erhalten. Trotzdem der sozialistische Metallarbeiterverband Abordnungen nach Berlin entsandte, um der Reichsregierung zu erklären, daß eine Stilllegung der Schiffswerft Schichau besser sei als eine Sanierung durch das Reich, stand der Christliche Metallarbeiterverband auf dem Standpunkt, daß nur durch eine Sanierung der Firma Schichau der Provinz Ostpreußen, insbesondere Elbing und der Freien Stadt Danzig, geholfen werden könne.

Durch die Mitarbeit der Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den politischen Parteien war es möglich, daß im Jahre 1929 der gebrochene Frachttarif zwischen Danzig und Polen beseitigt wurde und dadurch eine Erleichterung für die Danziger Industrie eintrat. Durch die Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften zur Beschaffung von Geldern zur Übernahme von ausländischen Aufträgen durch die Danziger Industrie war es möglich, weitere Arbeitsmöglichkeiten für Danzig zu schaffen. Eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Danzig, West- und Ostpreußen kann nur eintreten, wenn der Korridor beseitigt wird und eine Verbindung mit dem Deutschen Reiche hergestellt ist.

Gaikowski-Danzig.

Der Held des Grenzlandes, Andreas Hofer

Wenn wir am Schluß unserer Artikelserie des Selben Andreas Hofer gedenken, dann deshalb, weil wohl in keinem zweiten Deutschen so lebendig und stark Heimatliebe und Volksliebe zum Symbol geworden sind, wie in diesem Tiroler Mann. Vor einigen Tagen war das Gedächtnis seines 120. Todestages.

Ähnlich wie heute um Deutschland, sah es auch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts aus, als der Korse Napoleon, unterstützt durch die Habgier und Selbstsucht deutscher Fürsten, das deutsche Volk zerstückelte. Auch Tirol sollte daran glauben. Da stand das Volk auf und gebart in sich die Helden Andreas Hofer, Speckbacher, Vater Haspinger. Am Berge Isel bei Innsbruck schlugen sie mit ihren treuen Tirolern die Franzosen und Franzosensöldlinge. Berg Isel? Das ist neben den andern Bergen der Welt ein Zwerglein, aber er ist so berühmt wie nur irgend ein Berggrieß. Das Lied vom „heiligen Land Tirol“ hat uns ja nicht nur als Jungens in der Schule mit Schauern der Verehrung durchloht. Es läßt heute wohl noch auf jeden Deutschen die gleiche Wirkung aus.

Auf dem Iselberg hat man Andreas Hofer ein Denkmal aus Stein und Erz gesetzt, aber ein stärkeres Denkmal lebt im Herzen des Volkes. So steht er vor uns, der Andreas Hofer als ein grader, treuer, biederer Mann, dessen Führerkraft und Seelenstärke dem Boden seiner Heimatliebe entsprossen waren.



Wir möchten nur zwei Auslassungen Andreas Hofers wiedergeben, jene prächtige Ansprache, die er am 15. August 1809 als Oberkommandant von Tirol in Innsbruck vom „Goldenen Adler“ aus an die Verteidiger des Landes hielt und seinen letzten Brief am Todestage. Sie zeichnen den Helden besser, als es anderer Menschen Worte vermögen. Seine

Rede an die Innsbrucker und die Verteidiger Tirols lautete also:

„Grüß end Got, meine llabn S'brucker, weil ds mi zum Oberkommedanten g'wöllt hobt, so bin I holt do, es seyn ober a viel Andere do, ds koant S'brucker seyn. Alle ds unter meine Waffenbrüder seyn wöll'n, ds müestn für Got, Koaser und Vaterland als tapfre, tödle und brave Troler streiten, ds meine Waffenbrüder wern wöll'n; ds ober ds nit thün wöll'n, ds soll'n haim gien. I roth ends, und ds mit mir gien. ds soll'n mi nit verlass'n, I wer end a nit verlass'n, so wöhr I Andere Hofer hoap; g'sagt hob I ends, g'söchen hob's mi, bsted end Got.“

Nach der vierten, aber unglücklich verlaufenen Schlacht flüchtete Hofer ins Passeiertal in Südtirol, wo ihn ein erbärmlicher Landsmann, namens Raffl, den Franzosen verriet. Auf ausdrücklichen Befehl Napoleons wurde Andreas Hofer am 20. Februar 1810 in Mantua erschossen. Und das ist sein letzter Brief, den er am Morgen seines Todestages an einen Freund schrieb:

„Liebster Herr Bruder! Der göttliche Wille ist es gewesen, daß ich hab müssen hier in Mantua mein Zeitliches mit dem Ewigen verwechseln. Aber Gott sei Dank um seine göttliche Gnade. Mir ist es so leicht vorgekommen, als wenn ich zu etwas anderem ausgeführt würde. Gott wird mir auch Gnade verleihen bis zum letzten Augenblick, damit ich dahin kommen kann wo sich meine Seele mit allen Auserwählten ewig freuen wird, wo ich auch für alle bitten werde, besonders für die ich am meisten zu bitten schuldig bin. Alle guten Freunde und Bekannten sollen auch bitten für mich und mir aus den heißen Flammen helfen, wenn ich noch etwa im Segfeuer büßen muß. Die Gottesdienste soll die Liebste, mein Wirtin (die

Frau Hofers), zu St. Martin beim rosafarbenen Blut halten lassen, und bitten in beiden Pfarren. Den Freunden ist Suppe und Fleisch zu geben beim untern Wirt, nebst einer Salben Wein. Das Geld, das ich bei mir gehabt habe, habe ich den Armen ausgeteilt. Im übrigen raite ab mit den Leuten so tödl als du kannst daß ich nicht zu büßen brauche. Von der Welt lebt alle wohl, bis wir im Himmel zusammenkommen Liebster Bruder, geh mir hinein und zeig die Sach dem untern Wirt an. Er wird schon Anstalt machen, und mach es sonst niemand kundbar. Alle Passeler und Bekannten sollen mir eingedenk sein im heiligen Gebet. Liebster Herr Bruder! Jag zu der Wirtin, sie soll sich nicht so bekümmern, ich werde bitten für sie bei Gott und für alle.

Adie, du schöne Welt; so leicht kommt mir das Sterben vor, daß mir nicht einmal die Augen naß werden. Geschrieben um fünf Uhr in der Früh, und um neun Uhr reiß ich mit Hilf aller Heiligen zu Gott Dein im Leben geliebter Andere Hofer am Sand. Im Namen des Herrn will ich die Reise vornehmen.“

Um elf Uhr morgens wurde Hofer erschossen. Er ließ sich nicht die Augen verbinden und gab selbst das Kommando zum Feuern. Zwölf Schüsse streckten ihn nieder, doch erst der dreizehnte gab ihm den Tod.

Das war Andreas Hofer. Der Kampf um unser heutiges Grenzgebiet wird in anderen Formen durchgeföhrt. Aber er kann nicht geföhrt werden ohne eine starke Heimatliebe, ohne die geschlossene Kraft des Wollens, die sich in den wirtschaftlichen Organisationen darstellt und ohne eine Opferbereitschaft des ganzen deutschen Volkes für seine Grenzgebiete.
Wbr.

Grenzland und § 89a der Arbeitslosenversicherung

Elf Jahre sind nun schon vergangen seit dem blutigen Weltkriege. Elf Jahre fremder Besatzung, schlimme Auswirkungen der Zollgrenzen, Kriegsfolgen und zuletzt auch die Folgen der Rationalisierung haben bisher mehr als in andern deutschen Gebieten das Los der Grenzlandarbeiter erschwert oder durch die große Arbeitslosigkeit manchen Arbeiter nebst Familie ruiniert.

Der Versuch, den Beruf umzustellen oder eine Beschäftigung im Bau- oder ähnlichem Gewerbe zu suchen, ist nur wenigen geglückt, da diese Beschäftigungsarten auch von einer übergroßen Zahl Arbeitssuchender überflutet sind. Besonders bemerkenswert ist die große Zahl Arbeiter aller Kategorien, die, um ihr Dasein zu fristen, um nicht Vater und Mutter, Bruder und Schwester oder sogar Frau und Kinder dem Hungern preiszugeben, eine Arbeit in fremden Ländern, z. B. in Luxemburg, Lothringen und auch im Saargebiet, suchte.

Wenn nun diese Zahl deutscher Arbeiter, die in anderen Grenzländern beschäftigt ist, mehrere Tausend beträgt, so ergibt sich daraus, daß auch ebensoviel tausend Familien zu Hause darben und ihr Leben fristen von dem larmen Ueberbleibsel des Lohnes ihres Ernährers, der demselben noch nach Bestreitung seines eigenen Lebensunterhalts übrig bleibt. Noch traurigere Verhältnisse stehen dem Luxemburger gänger bevor, wenn auch ihn jenseits der deutschen Grenze das Schicksal trifft und er arbeitslos wird. Dann kann er hier in Deutschland in seiner Heimat auch noch nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Wenn nun vorstehende Verhältnisse kurz geschildert sind und ein kurzer Ueberblick über die äußerst traurige Lage der noch besetzten Gebiete gegeben ist, so sind es neuerdings wieder die Entlassungen und teilweisen Stilllegungen im Trierer Bezirk, die die Augen aller Metallarbeiter auf sich lenken. Das ist besonders deswegen der Fall, weil diejenigen, welche gezwungen werden, als Arbeitslose einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung zu stellen, Gefahr laufen, daß ihr Antrag gänzlich abgelehnt oder ihnen die Unterstützung nur teilweise gewährt wird, weil nach § 89a der Arbeitslosenversicherung bei Gewährung der Unterstützung der Besitz von einem eigenen Wohnhaus oder einer oder mehrerer Parzellen Land als Maßstab angelegt wird, trotzdem dieselben beruflich dauernd als Arbeiter beschäftigt sind.

Das Ueberhandnehmen dieser Entscheidungen im Arbeitsamtsbezirk Trier beweist, wie eine zuständige Stelle erfahren hat, daß Mitte Januar beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes Trier allein 1000 Einsprüche vorlagen. Nachstehend sei ein solcher Fall aufgeföhrt.

Ein Arbeiter ersteigerte sich auf einer Landversteigerung im Jahre 1924 kurz nach der Stabilisierung der Mark einige Parzellen Land. Er wurde in den folgenden Jahren hin und wieder arbeitslos, seine Verhältnisse und Einkünfte waren derart gering, daß er, um die nötigen Zinsen aufzubringen, das früher erworbene Gut verkaufen mußte. Eine Möglichkeit, an der Kaufsumme abzutragen, war ihm nicht mehr gegeben, da er von seinem Verdienste mit seiner Familie ein äußerst notdürftiges Leben fristen mußte. In größter Not und noch größerer Verschuldung wird er nun auch wieder arbeitslos und stellt den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung. Er erhält den schriftlichen Bescheid, daß ihm auf Grund seines Antrages wöchentlich 6,75 RM an Unterstützung gezahlt würden. Nach Eintritt seiner Arbeitslosigkeit hat er nun die 1924 erworbenen Parzellen verkaufen müssen, um nicht auch schließlich obdachlos und seines Wohnhauses verlustig zu werden.

Ob es nun heute im modernen Zeitalter möglich ist, einer Familie von fünf Personen, wie im vorstehenden Falle, von 6,75 RM wöchentlich Kleidung, Nahrung und Wohnung zu geben, das wollen wir der Kritik der Arbeitgeber überlassen, die bekanntlich doch immer bemüht sind, Fälle des Wohlstandes auf Grund der Arbeitslosenunterstützung zur Veröffentlichung zu bringen. Für die Grenzgebiete aber sollten auch nach der Seite des § 89a nicht auch noch die letzten Daumschrauben angelegt werden.

Chr. Schuch, Neurath (Eifel).



Thorn, die aus Polen verlorene alte deutsche Stadt

Bezirkskonferenz des Rheinischen Bezirks zu Köln

Am Sonntag, dem 23. Februar, hielt der 2. Bezirk seine diesjährige Bezirkskonferenz in Köln, im großen Kongressaal der Messe ab. Der Konferenz kommt noch insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie zu Fragen, die für die gesamte Arbeiterschaft und darüber hinaus für das gesamte Wirtschaftsleben von großer Bedeutung sind, Stellung nahm. Bei der Eröffnung konnte der Bezirksleiter mehr als 300 Delegierte begrüßen. Ein ganz besonderer Gruß galt dem 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Schmitz. Bei Erstattung des Jahresberichtes, der in umfangreicher Form gedruckt den Delegierten vorlag, ging der Bezirksleiter besonders auf die Wirtschaftslage, die Lohnbewegungen, die Mitgliederbewegung, die Kassenverhältnisse und auf die zukünftigen Aufgaben des Verbandes ein.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage müssen wir uns ganz besonders gegen den Zweckpessimismus wenden. Die Zahlen der Arbeitslosen immer zur Beurteilung der Wirtschaftslage anzuführen, ist irreführend. Arbeitslosigkeit, die zum großen Teil auf Rationalisierung zurückzuführen ist und dadurch trotzdem eine bedeutende Produktionssteigerung zu verzeichnen ist, kann nicht unbedingt herhalten zum Beweis einer schlechten Wirtschaftslage.

Nach dem Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger bewegten sich die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger in Rheinland und Westfalen wie folgt: Arbeitslosenunterstützungsempfänger waren im Reich im Januar 1929: 2 046 269, im Januar 1930: 2 063 570. In der Rheinprovinz im Januar 1929: 217 867 = 10,6 Prozent des Reiches; im Januar 1930: 205 501 = 9,9 Prozent des Reiches. In Westfalen im Januar 1929: 148 530 = 7,2 Prozent des Reiches; im Januar 1930: 108 466 = 5,2 Prozent des Reiches.

Krisenunterstützungsempfänger im Reich im Januar 1929: 138 449, im Januar 1930: 230 164. In der Rheinprovinz im Januar 1929: 22 987 = 16,6 Prozent des Reiches; im Januar 1930: 31 894 = 13,4 Prozent des Reiches. In Westfalen im Januar 1929: 7 918 = 5,7 Prozent des Reiches; im Januar 1930: 9 374 = 4 Prozent des Reiches.

Nach den Berichten der Arbeitsämter im Bereiche des 2. Bezirks betrug die Zahl der Arbeitsjuchenden überhaupt

im Dezember 1928 251 018 und fiel im Dezember 1929 auf 237 782. Die Zahl der arbeitjuchenden Metallarbeiter stieg im gleichen Zeitraum von 28 119 auf 31 873. Diese Steigerung ist aber allein zurückzuführen auf die Arbeitsämter im Bereiche des Regierungsbezirks Düsseldorf. Dort stiegen die Zahlen von 12 992 auf 17 998. Die ungünstigen Zahlen für Düsseldorf sind auf eine Art Rationalisierung zurückzuführen, wie sie keineswegs im Interesse der Gesamtwirtschaft gelegen ist.

Die Gesamtzahlen lassen aber erkennen, daß sich die Ver-

hältnisse im Verlauf des Jahres nicht so verschlechtert haben, wie sieblge gern von Zweckpessimisten hingestellt werden.

Immerhin geben die Zahlen zu ernstern Betrachtungen Veranlassung.

Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre in allen Tarifgebieten des Bezirks statt. Die Löhne stiegen im Bezirksdurchschnitt für Sacharbeiter und Angelernte um 5 Pf., für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um 3 Pf. pro Stunde. Die Durchschnittslöhne im Bezirk betragen am Schlusse des Jahres 1929 für Sacharbeiter 83 Pf., Angelernte 74 Pf., Hilfsarbeiter 68 Pf. und Arbeiterinnen 48 Pf. Die höchsten Löhne für Sacharbeiter hat Köln mit 90 Pf. und steht 7 Pf. über dem Bezirksdurchschnitt und um 29 Pf. über den Löhnen in der Eifel und um 17 Pf. über Trier. Es muß mit zur Hauptaufgabe der zukünftigen Lohnpolitik gehören und als kollegialer Akt gelten, den zurückgebliebenen Bezirken an erster Stelle zu helfen. Das ist auch zugleich Hilfe zur Erhaltung des Errungenen für andere Tarifgebiete.

Die Mitgliederbewegung des Jahres 1929 ist gekennzeichnet durch 5 579 Aufnahmen und Uebertritte. Neben der Mitgliedererwerbung muß aber ganz besonderes Augenmerk auf die Mitgliedererhaltung gelegt werden. Besonderer Wert ist auch auf die Branchenbewegung zu legen.

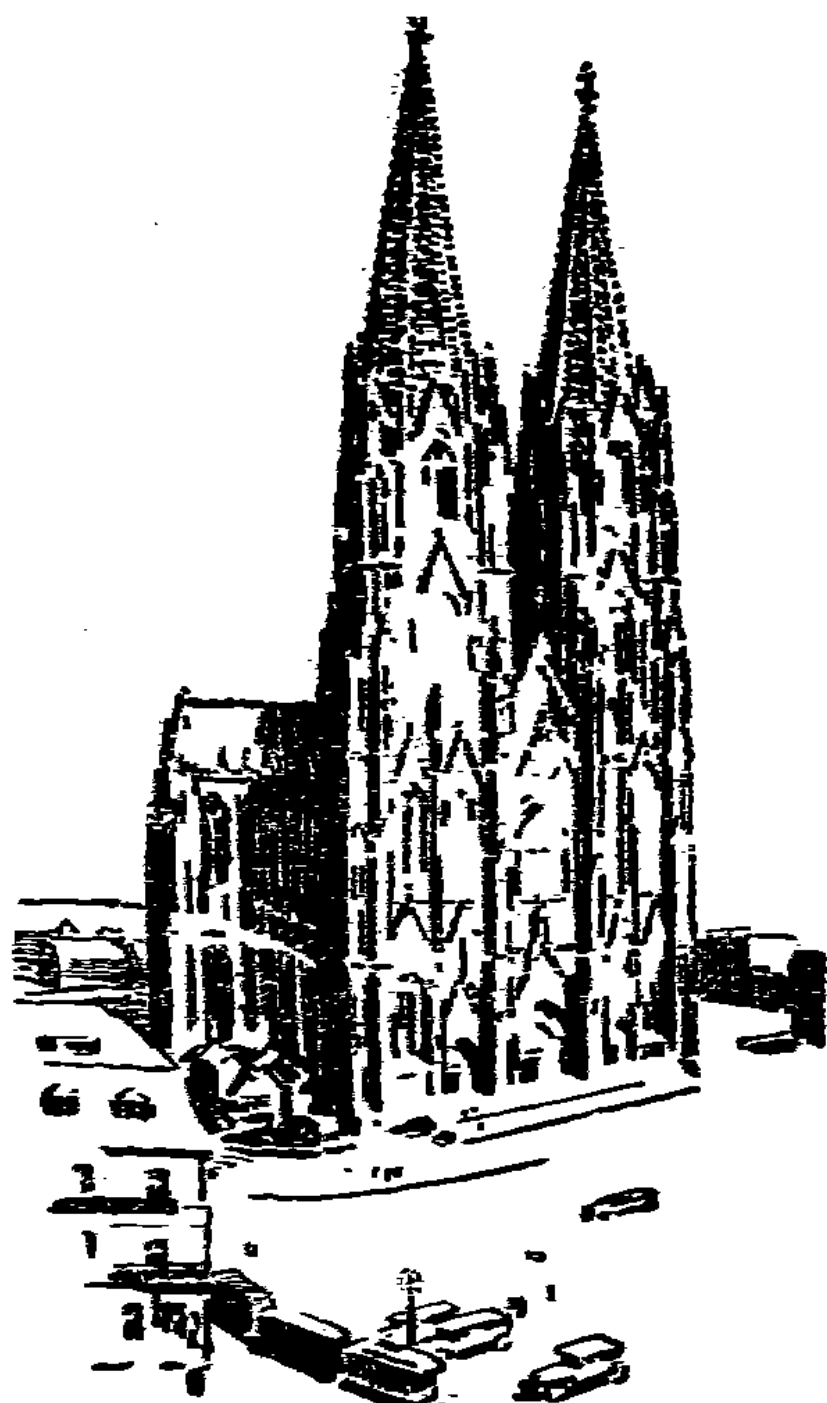
Das Rechtswesen nimmt in der gewerkschaftlichen Tätigkeit einen breiten Raum ein. Diese Tätigkeit drückt sich aus im Bereiche des Bezirks im Jahre 1929 in 18 055 Auskünften, 7 241 Schriftsätzen und 2 264 Terminen. Der Barerfolg betrug 199 475,- RM.

In der Nachmittagskonferenz, die besonders der Behandlung des Arbeitslosenproblems und Voranstellung der Bedeutung der Arbeitsbeschaffung gewidmet war, konnte der Bezirksleiter Kollege Schümmer 500 Delegierte und eine Anzahl Gäste begrüßen.

Es waren erschienen, als Vertreter der lath. Arbeitervereine Herr Prälat Dr. Müller und Rektor Remboldt, Vertreter der Regierung, der Stadt Köln und der Gewerbeaufsichtsbehörde, der Präsident des Landesarbeitsamtes, Mißong, der Schlichter für Rheinland, Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten und mehrere Schlichtungsausschussvorsitzende, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Kollege Bernhard Otte, die Kollegen Kaiser und Körner als Vertreter der Westdeutschen Geschäftsstelle der christlichen Gewerkschaften.

Kollege Schmitz behandelte in dieser Konferenz in ausführlicher und offener Weise die Frage: „Was kann zur Milderung der Arbeitslosigkeit geschehen“. Die Ausführungen, die unsere Mitglieder im Verbandsorgan teilweise lesen konnten, fanden eine selten aufmerksame Zuhörerschaft und wurden schon während des Vortrages durch Beifall unterbrochen, der sich zum Schlusse zu einer Beifallsovation auswirkte. Mit Recht kann man sagen, daß die Ausführungen des Kollegen Schmitz als Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu bewerten sind.

In der Diskussion sprach zunächst der Präsident des Landesarbeitsamtes, Mißong, der die Grüße der anwesenden Behördenvertreter überbrachte und das lebhafteste Interesse dieser Stellen an dieser aktuellsten Frage bekundete. Es habe keinen Sinn, die Augen vor diesem Uebel zu verschließen. Die Zusammensetzung der Arbeitslosen des vergangenen Jahres sei bedenklich, da sie wesentlich von der der Vorjahre abweiche. Der Anteil der Arbeitslosen, die infolge schlechter Konjunktur ihre Stelle verloren, im Verhältnis zu denen, die saisonmäßig erwerbslos sind, habe bedeutend zugenommen. Deshalb begrüßten die Behörden es sehr, wenn die Gewerkschaften Wege zur Hebung dieser Kalamität suchten. Gerade die christlichen Gewerkschaften seien es gewesen, die ihre Bestrebungen nicht auf dem Boden eines Klassenkampfes und



Der Dom zu Köln

unter Zurücksetzung einzelner Volksschichten, sondern stets unter der Perspektive des Allgemeinwohls verfolgten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten, der Schlichter für Rheinland, sprach davon, daß Deutschland zur Zeit einen zweiten Tiefstand innerhalb 12 Jahren zu durchleben habe. Dieser Tiefstand müsse, wie nach den Revolutionswirren, auch wieder durch das Zusammenwirken des ganzen Volkes behoben werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer und -geber habe das Recht, bei der Beratung dieses Uebelstandes der Regierung zur Seite zu stehen.

Landtagsabgeordneter Kollege Sebborn führte das allgemeine Elend ebenfalls auf die Kriegsfolgen zurück. Die Lasten müßten hier gleichmäßig verteilt werden und nicht wie bisher auf die unteren Volksschichten. Wenn das Reich einerseits seine Beamten lebenslänglich versorge, dann dürfe das Reich andererseits nicht die Auszahlung von Mitteln für die Arbeitslosen verweigern.

Gesamtverbandsvorsitzender Otte sieht in der Arbeitslosenfrage die Schlüsselfrage der deutschen Wirtschaft. Entschieden müßte die Einstellung weiterer deutscher Kreise bekämpft werden, die in normalen Zeiten bereits mit einer konstanten Arbeitslosenziffer von 1,5 Millionen für die Zukunft rechneten. Das ganze Volk müsse zusammenstehen,

um gemeinsame Lasten gemeinsam zu tragen. Die Gewerkschaften träten mit vollem Bewußtsein auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft, aber diese sehe soziale Gesinnung und Verständigungswillen auf allen Seiten voraus.

Prälat Dr. Müller will bei dieser Frage das ethische Prinzip stärker berücksichtigt wissen. Die Rationalisierung sei zu stark in den Vordergrund gestellt worden. Man denke heute nur mehr in Maschinen, aber nicht mehr in Menschen. Das ganze Volk sei für die Arbeitslosigkeit verantwortlich und müsse das Opfer dafür tragen. Darum gebe es keinen anderen Weg als den des Notopfers.

An den Reichsfinanzminister wurde folgendes Telegramm abgesandt:

„Die Konferenz des rheinischen Bezirks des Christlichen Metallarbeiterverbandes erhebt schärfsten Protest gegen den Plan, zur Sanierung der Arbeitslosenunterstützung Mittel der Angestellten- und Invalidenversicherung zu benutzen. Arbeitslosigkeit ist Kriegsfolge, an diesen Kriegsfolgen hat das gesamte deutsche Volk seinen Anteil zu tragen.“

Mit einem Schlußwort des 2. Verbandsvorsitzenden Schmitz klang die Kundgebung aus, von der wir überzeugt sind, daß sie ihren nachhaltigen Eindruck sicherlich nicht verfehlen wird.

... er.

Hauptprobleme der Schlichtung

3. Die Verbindlichkeitserklärung



Der zweite Hauptgrundsatz des Schlichtungsrechtes ist die Verbindlichkeitserklärung. Sie bildet einen hauptsächlichsten Angriffspunkt. Die Rechtsprobleme, die hier zu lösen sind, betreffen die Ausgestaltung des Zwanges im Schlichtungsrecht. Sie beziehen sich in dieser Hinsicht auf den unmittelbaren Zweck, auf die entscheidende Stelle, auf den Gegenstand, der dem Zwange ausgesetzt sein soll, die Voraussetzungen, unter denen der Zwang einzutreten hat, die Personen, die dieses Zwangsverfahren in Gang setzen können, die Rechtsfolgen, die sich an die ausgeführten Zwangsmaßnahmen knüpfen.

Diese Rechtsprobleme sind für das geltende Schlichtungsrecht in § 6 der SchVO. gelöst.

Die Verbindlichkeitserklärung hat danach den Zweck, die Annahme des Schiedsspruches zu erzwingen. Ihr ist vom Gesetzgeber die gleiche Wirkung beigelegt, wie wenn ein Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung durch die Willensübereinstimmung der Parteien zustande gekommen wäre. Es liegt ein Privatrecht gestaltender Staatsakt vor. Rechte und Pflichten aus diesem für verbindlich erklärten Tarifvertrag geltend zu machen und durchzusetzen, ist Sache der Tarifvertragsparteien. Erhält z. B. der unter den Tarifvertrag fallende Arbeitnehmer von dem im Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber nicht seinen in dem Tarifvertrag festgesetzten Lohn, so muß er vor dem Arbeitsgericht Klage erheben. Verlegt der Arbeitnehmerverband die ihm im Tarifvertrag auferlegte Friedenspflicht, so kann der ihm gegenüberstehende Arbeitgeberverband Klage auf Ersatz des ihm dadurch entstandenen Schadens anstrengen.

Die Nichtbefolgung eines Zwangsschiedsspruches hat somit nur zivilrechtliche und keine strafrechtliche Folgen.

Als Stellen, die die Verbindlichkeitserklärung aussprechen, kommen ständige und unständige Schlichter sowie der Reichsarbeitsminister in Betracht (§ 6, 2 und § 2 SchVO.).

Der Verbindlichkeitserklärung fähig sind alle positiven Sachschiedsprüche.

Sie kann ausgesprochen werden, wenn die in dem Schiedsspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und die Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Das Verfahren zur Erwirkung der Verbindlichkeitserklärung kann entweder von der Partei, die den Schiedsspruch angenommen hat, beantragt oder wenn das öffentliche Interesse es erfordert, von Amts wegen eingeleitet werden (§ 23 der 2. AusVO. 3. SchVO.).

Alle Bestrebungen zu Abänderungen zielen fast nur auf die Einschränkung der Verbindlichkeitserklärungen und auf ihre Entpolitisierung.

Die Arbeitgeber haben im November 1928 vorgeschlagen, die Gegenstände der Verbindlichkeitserklärung gesetzlich genau zu umschreiben und sie lediglich dann eintreten zu lassen, wenn ein besonderes öffentliches Interesse gegeben ist. Danach soll sie nur möglich sein.

1. bei Arbeitsstreitigkeiten in den lebenswichtigen Betrieben, die durch ein Verzeichnis leicht festgestellt werden könnten,

2. bei Streitigkeiten, welche die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung bedroht ist.

Der sozialpolitische Zweck der Verbindlichkeitserklärung, auch schwache Arbeitnehmerorganisationen an der kollektiven Rechtsbildung teilnehmen zu lassen, würde, um nur eines zu erwähnen, nicht mehr ver-

Die

Betriebsratswahlen beginnen!

Freunde: Es handelt sich um eure Interessensvertretung! Die Betriebsvertreter sollen euer Schutz und eure Hilfe sein. Dazu braucht man klare Köpfe. Kommunisten und Sozialisten sind sowenig geeignet wie Gelbe.

Christliche Männer und Frauen mit Verantwortung werden es schaffen!

In den meisten Orten finden die Wahlen in der Woche vom 24. bis 29. März statt. Kollegen, seid zur Stelle! Euer Wille, eure Arbeit bringt den Sieg. Treue um Treue wie immer im Christlichen Metallarbeiterverband!

wirksam werden können, wenn eine derartige Regelung Gesetz würde.

Um eine Loslösung der Verbindlichkeitserklärung von politischen Staatsorganen zu erreichen, hat man die Errichtung eines Reichsschiedsgerichts, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit genießen sollen, in Vorschlag gebracht.

Wie ich schon oben unter II. 3 dargelegt habe, ist die Schlichtung, und so auch die Verbindlichkeitserklärung, ein Verwaltungsakt. Sie untersteht demgemäß, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes gesetzlich bestimmt ist, den Grundgesetzen des Verwaltungsrechts. Der § 7 der SchWO. ordnet nun an, daß der Reichsarbeitsminister als die hier in Betracht kommende oberste Behörde allgemeine Richtlinien für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden erlassen kann, daß diese aber in ihrer Entschliessung im Einzelfalle unabhängig und nicht an Weisungen gebunden sind.

Die Entschliessungen basieren, wenn wir als Grundlage für die Erwägung den wichtigsten Gegenstand der Schlichtung und der Verbindlichkeitserklärung, „die Lohn- und Gehaltsfestsetzung“ nehmen, auf den in Betracht kommenden volkswirtschaftlichen und sozialen Tatbeständen.

Jede Schlichtung und Verbindlichkeitserklärung in Lohn- und Gehaltsbewegungen hat die derzeitige Produktivität der Betriebe und ihre noch mögliche Steigerung als eine hauptsächlich Richtlinie bei Findung der Entscheidung zu berücksichtigen. Sie hat mit anderen Worten die Löhne und die Gehälter den Marktverhältnissen anzupassen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine möglichst vollkommene Einsicht in die Marktgegebenheiten erforderlich. Außerdem ist zu beachten, daß die Löhne und die Gehälter die Grundlagen für die

Lebensgestaltung der Masse des Volkes abgeben. Das Lohn- und Gehaltsproblem ist daher von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ein nationalökonomisches und ein sozialpolitisches Problem. Die Schlichtung und die Verbindlichkeitserklärung hat die Diagonale zwischen beiden zu ziehen. Die Frage, wer die Ausgleiche zwischen der nationalökonomischen und der sozialpolitischen Beurteilung vornehmen soll, stellt ein staatspolitisches Problem dar. Dieses Problem kann zweifellos entweder so gelöst werden, daß man die Verbindlichkeitserklärung einer mit richterlicher Unabhängigkeit besetzten Behörde oder einer Verwaltungsbehörde überläßt. Zur Zeit scheint mir mehr dafür zu sprechen, sie einer Verwaltungsbehörde anzuvertrauen.

Die Verbindlichkeitserklärung einer Gesamtvereinbarung schafft neues Recht. In ihr ist gleichsam ein Gesetzgebungsakt enthalten. Die Gesetzgebung ist in den modernen Staaten ein Ausfluß der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Es ist nur folgerichtig, wenn auch bei der Verbindlichkeitserklärung die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht unberücksichtigt bleiben.

Im übrigen können auch die Verwaltungsbehörden, die mit dem Erlaß der Verbindlichkeitserklärung betraut sind, nur in dem Rahmen die Verbindlichkeitserklärung aussprechen, der durch die Marktgegebenheiten bestimmt ist. Jede ihrer Verantwortung bewußte Verwaltungsbehörde wird in demselben Maß wie ein Reichsschiedsgericht gerade in unseren wirtschaftlich so bedrängten Zeiten den Marktgegebenheiten den ihnen gebührenden Einfluß auf ihre Entschliessungen einräumen.

Prof. Dr. Joerges.

Verbandsgebiet

Aischaffenburg. Unser Christl. Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Aischaffenburg, hielt seine diesjährige Jahres-Hauptversammlung im katholischen Gesellenhause zu Aischaffenburg ab. Dieselbe erstreckte sich eines guten Besuches der Delegierten sämtlicher Ortsgruppen. Nach einer herzlichen Begrüßung erstattete der Geschäftsführer, Kollege Grammig, den Geschäftsbericht des zurückliegenden Jahres. Wirtschaftslage, Lohn- und Tariffbewegung und die Mitgliederentwicklung bildeten den Hauptteil seiner Ausführungen. Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß auch im Aischaffenburger Gebiet die Arbeitslosigkeit sich mit aller Schärfe auswirkt. Die Anzahl der arbeitslosen Kollegen gibt ein Bild davon. Trotz der schlechten Wirtschaftslage konnte dank der Tätigkeit der Organisation die Lohngestaltung weiter verbessert werden. Sehr eingehend verbreitete sich der Berichterstatter über die Mitgliederentwicklung im vergangenen Jahre. An den vorgetragenen Zahlen (Aufnahmen und Uebertritten) ist zu ersehen, daß die Mitgliederzahl sich von Monat zu Monat erhöhte. Unermüdet sind die Vertrauensleute und Mitarbeiter an der Aufklärungsarbeit der Un- und falsch Organisierten tätig, trotz aller Androhungen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes. Nachdem noch über das Kassen- und Unterstüßungswesen berichtet war, schloß Kollege Grammig mit einem Dank und einem Appell an die Mitarbeiter und Vertrauensleute seine Ausführungen. Der Beifall und die lebhafteste aber einmütige Aussprache in der immer das Wollen zur weiteren Ausbreitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zum Ausdruck gebracht wurde, zeigt, daß auch im neuen Jahre die Arbeit für den Verband nicht vernachlässigt wird und daß die Mitglieder treu zu ihrem Geschäftsführer halten werden. Nachdem die Vorstandswahl beendet, ergriff Bezirksleiter Kollege Weisp. Darmstadt, das Wort zu seinem Vortrag. Zunächst sprach er seine Anerkennung über die geleistete Arbeit der Vertrauensleute und Mitarbeiter der Verwaltungsstelle Aischaffenburg aus und dankte namens der Hauptverwaltung sowie der Bezirksleitung allen Kollegen, die in der Aufklärungs- und Werbearbeit tätig waren. Hierauf nahm Bezirksleiter Kollege Weisp. Stellung zu Fragen die heute im wirtschaftlichen Leben im Vordergrund der Erörterungen stehen und behandelte ausführlich das Arbeitslosenproblem. Am Schlusse seiner Ausführungen behandelte der Redner noch die Aufgaben auf dem Gebiete der Mitgliedererwerbung. Festzustellen ist, daß der Christliche Metallarbeiterverband des Aischaffenburger Gebietes bezüglich seiner Werbe- und Aufklärungsarbeit seine eigenen Wege geht. Dies wird auch in Zukunft geschehen, denn wir sind uns klar darüber, daß es einem Christmenschen nicht möglich ist, sich in einer Organisation zu betätigen, die das Göttliche verneint und sich zum krassen Materialismus bekennend Freidenkertum und Kirchenaustrittsbewegung kann und darf ein christlicher Arbeiter nicht unterstützen. Im Aischaffenburger Gebiet gibt es noch viele, die solchen Organisationen angehören. Diese aufzuklären und dem Christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen, muß eine der ersten Arbeiten sein. Stürmischer Beifall

zeigte, daß alle Anwesenden mit den Ausführungen ihres Bezirksleiters einverstanden sind. Mit einem kernigen Schlußwort und einem Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband schloß Kollege Grammig die so anregend verlaufene Jahresgeneralversammlung.

Ensheim. Die Ortsgruppe Ensheim hielt vor kurzem eine große Versammlung ab, zu der Bezirksleiter Pica (Saarbrücken) als Referent erschienen war. Annähernd 200 Kollegen und Freunde unserer Bewegung hatten sich eingefunden, als der Vorsitzende Kollege Seyler um 2,30 Uhr die Versammlung eröffnete. Erschienen waren außerdem der hochw. Herr Pfarrer Franz (Ensheim) und Vertreter des Gemeinderates.

Kollege Pica sprach sodann über „Saarrückgliederung und Sütten- und Metallarbeiterchaft“. Die gespannte Aufmerksamkeit der Zuhörer bewies, mit welchem großen Geschick der Redner sich seiner Aufgabe entledigte, denn jeder einigermaßen Eingeweihte weiß, wie schwer es ist, gegenwärtig über den Stand der Saarrückgliederungsfragen vor der Öffentlichkeit zu sprechen. An Hand von ausgiebigem Zahlenmaterial über den Stand der saarländischen Wirtschaft zeigte uns Kollege Pica den Weg, den wir als christliche Metallarbeiter jetzt und in der Zukunft gehen müssen, damit wir bei der Rückgliederung des Saargebietes zum Reich auch den Anteil in der Wirtschaft erhalten, der uns als größter Volksschlacht des Saargebietes zusteht. Die Sicherung der Lebenseristenz der Saararbeiterchaft muß uns Ziel und Richtschnur sein und bleiben. Die bevorstehende Rückgliederung des Saargebietes entscheidet über die fernere Existenz der Saararbeiterchaft. Deshalb müssen wir einen starken Christlichen Metallarbeiterverband an der Saar haben, der über die Arbeiterchaft wacht und sich für sie einsetzt.

Nach dem Vortrag des Kollegen Pica folgte eine rege Aussprache, in der der hochw. Herr Pfarrer Franz (Ensheim) die dringende Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften ganz besonders im Saargebiet betonte, um die schweren wirtschaftlichen und sozialen Fragen der heutigen Zeit zu lösen. Gute Anregungen gab auch unser Kollege Simmermann in bezug auf den Ausbau unseres Verbandes im Saargebiet.

Die Schlußfolgerung aus all dem Gehörten zog der Vorsitzende Kollege Seyler, indem er zum Schluß sagte: Alle Kräfte müssen wir einsehen, um unseren Christlichen Metallarbeiterverband zu stärken, damit er bei den schwierigen Zeitverhältnissen die Rechte der Metallarbeiterchaft an der Saar wahr und fördert. Unter großem Beifall, besonders an Kollegen Pica, schloß der Vorsitzende um 7 Uhr die Versammlung.

Seyler.

Seilsberg (Ostpreußen). Am 11. 2. fand unsere Generalversammlung statt. Sie war so recht ein Spiegelbild des guten gewerkschaftlichen Geistes und der echten Kameradschaft, die in unserer Ortsgruppe herr-

Jhen. Der Bericht des Kollegen Granath über die Entwicklung unseres Verbandes im Bezirk gab Zeugnis von der stetigen Festigung und Ausbreitung unserer Bewegung. Dem Vorstande mit ihrem rührigen Vorsitzenden, Kollegen Spannenskrebs an der Spitze, sagte Kollege Granath herzlichsten Dank für die geleistete Mitarbeit. An dem herben Verlust, den der Kollege Spannenskrebs erlitten hat (Tod von Frau und Mutter in 14 Tagen) nahmen die Versammelten herzlichsten Anteil. Die Vorstandswahl ergab mit einer Ausnahme einstimmige Wiederwahl. Drei Kollegen, darunter auch der Jugendleiter, wurden neu in den Vorstand gewählt. Fragen betrieblicher und organisatorischer Art bildeten noch regen Unterhaltungsstoff. Die bessere Zusammenfassung der Jugend zu einer Jugendgruppe wird die erste Aufgabe der kommenden Wochen sein. Daß auch diese Aufgabe gelöst wird, verbürgt uns der bei allen Kollegen, ob jung oder alt, vorhandene Wille, auch in Zukunft sich ganz für unsere Sache einzusetzen. Ein gemüthliches Beisammensein beschloß die anregend harmonisch verlaufene Versammlung

Gr.

Senningsdorf. Die hiesige Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt vor kurzem ihre Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Kollege Sankowski, womit gleich ein kurzer Rückblick auf die vergangenen Jahre, seit der Gründung der Ortsgruppe eingeflochten war. Den Kassenbericht gab Kollege Wolany. Gewerkschaftssekretär Kollege Dudey ergänzte den Jahresbericht. Nach Anhören der Kassenrevisoren wurde der Vorstand entlastet und es erfolgte die Neuwahl. Kollege Dudey leitete die Wahl, welche einstimmig Sankowski zum 1. Vorsitzenden ergab, und mit Stimmenmehrheit Kollegen Marrek zum 2. Vorsitzenden. Der weitere Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Schriftführer Kollege Sawron, 2. Kollege Engel, 1. Kassierer Kollege Zimmermann und 2. Kollege Bennel. Zu Beisitzern: Kollege Sund, Diskoll, Laqua, Wicha und Pratsch

Darauf hielt Kollege Dudey einen kleinen Vortrag: „Unsere Aufgaben im neuen Jahre“ Unter Verschiedenes wurden einige Betriebsangelegenheiten des Stahl- und Walzwerks Senningsdorf besprochen. Am 9. Februar veranstaltete die Ortsgruppe einen Familienabend, um unseren Kollegen Gelegenheit zu geben, untereinander sich kennenzulernen und mit den Familienangehörigen einige gemüthliche Stunden zu verleiben. Es konnte besonders begrüßt werden, unser Sekretär Kollege Dudey mit Frau Gemahlin. Das Fest nahm einen schönen Verlauf.

Sank.

Silben. Vor einigen Wochen konnte unser Silben ihr 30jähriges Bestehen als Ortsgruppe unseres Verbandes feiern. Der Saal des Katholischen Gesellenhauses konnte alle Kollegen nicht fassen, die herbeigeilt waren, denn schon lange vor Beginn war er bis auf den letzten Platz besetzt. Der erste Vorsitzende Karl Pohlmann hieß namens der Sektion die Erschienenen herzlich willkommen, besonders die fünf Jubilare der Verwaltung Silben, und die Kollegen der benachbarten Sektionen. Den Tag festlich zu begehen, sei begründet im 30jährigen Bestehen, verbunden mit Wimpelweihe. In sinniger Weise gedachte er der durch den Tod verlorenen Kollegen, zu deren Gedenken sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Die Jugendgruppe unserer Sektion die erst in diesem Jahre gegründet wurde, führte den Sprechchor „Hinauf zum Licht“, von Chr. Wieprecht, auf. Kollege M. Föcher, Dulsburg, überbrachte zunächst die Grüße des Vorstandes und besonders die

Lohnsteuererstattung für 1929

Einen Antrag auf Lohnsteuererstattung aus dem Jahre 1929 kann einreichen, wer einen Verdienstaussfall hatte, z. B. wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit usw. Auch wer in seiner Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt ist, z. B. lange Krankheit, Unglücksfälle, Verschuldung, außerordentliche Belastung durch Erziehung der Kinder usw. In Nummer 4 unseres Verbandsorgans sind Einzelheiten angegeben.

Es werden aber nur Anträge berücksichtigt, die spätestens am 31. März 1930 beim zuständigen Finanzamt eingelaufen sind. Zuständig ist das Finanzamt, in dessen Bezirk der Antragsteller am 10. Oktober 1929 seinen Wohnsitz hatte.

Kollegen und Kolleginnen, prüft eure Steuerverhältnisse und reicht die Anträge rechtzeitig ein. Klärt auch eure Mitarbeiter auf!

Fristablauf am 31. Mär:

Anträge auf Elternversorgung bis 31. 3.

Die Frist für die Stellung von Anträgen auf Elternversorgung läuft nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen am 31. März 1930 ab. Versorgungsansprüche von Kriegereitern müssen also spätestens an diesem Tage beim zuständigen Versorgungsamt geltend gemacht werden.

Grüße unseres allverehrten Vorstandsvorsitzenden, Kollegen Franz Wieder und wußte in seinem Referat über den Weg der Arbeiterschaft zu packen. Anschließend überreichte er der Jugend den von der Zentrale gestifteten Wimpel. Auf der einen Seite zeigte er den Schmelz als Symbol unseres Verbandes, auf der anderen das Wappen der Vaterstadt Silben. Somit liege im Wimpel neben dem Bekenntnis zur beruflichen Erziehung und Verbandstreue auch die Heimatliebe. Der Vorsitzende der Jugendabteilung, Koll. Jak. Escher, dankte. Einen passenden Prolog zur Wimpelweihe trug der junge Kollege E. v. Kempen vor. Soffentlich wirkte sich diese Feier in noch verstärkterem Maße auch werbend für unseren Christlichen Metallarbeiterverband aus

Nienhaus.

Ludenwalde. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung marschiert. Den Beweis bietet auch unsere in der Provinz Brandenburg gelegene Stadt, die insbesondere eine starke Schraubenindustrie beherbergt. Es ist uns gelungen, hier festen Fuß zu fassen und in diese Hochburg des Freidenkertums Bresche zu legen. Ludenwalde ist das typische Beispiel, wie die „freie“ Gewerkschaftsbewegung der Schrittmacher des Freidenkertums ist. In dieser Stadt haben an 20 Prozent der Bevölkerung mit der Kirche gebrochen und im Laufe der Zeit infolge wilder Agitation ihren Austritt aus den Kirchengemeinschaften erklärt. Daß es in einem solchen Felde nicht leicht ist, die christliche Gewerkschaftsflagge zu hissen, bedarf keines besonderen Beweises. Nachdem es vor einigen Monaten von Berlin aus gelungen war, eine Sektion unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu errichten, war es infolge günstiger Entwicklung möglich dieselbe mit dem Jahresende zu

Harte Zeiten

Charles Dickens.

XXVI.

„Nun, ich kam zu dem guten Mädchen ungefähr so, wie damals zu Ihnen,“ sagte die alte Frau, die Antwort auf sich nehmend. „Ich bin dieses Jahr später hierher gekommen als sonst, denn es fehlt mir ein bißchen an Atem, und so verschob ich die Reise bis auf die schönen, warmen Tage. Und aus demselben Grunde mache ich sie diesmal auch nicht in einem Tage, sondern in zweien. Ich übernachtete in dem Wirtshause unten an der Eisenbahn — ein gutes, reinliches Haus — und fahre morgen früh um sechs wieder zurück. Aber was hat das alles mit dem guten Mädchen hier zu tun, werden Sie fragen? Das will ich Ihnen gleich erklären. Ich habe gehört, daß Mr. Bounderby sich verheiratet hat. Ich las es in der Zeitung, wo es sich so großartig und so schön ausnahm, und nun wollte ich gerne einmal seine Frau sehen. Aber ich konnte sie nicht zu sehen bekommen, denn sie ist. Sie werden es kaum glauben, seit heute mittag nicht aus der Tür getreten. Da ich es aber doch nicht gerne aufgeben wollte, wartete ich immer noch ein bißchen und immer noch ein bißchen, und bei der Gelegenheit begegnete ich dem guten Mädchen hier, zwei- oder dreimal, und da sie ein solches freundliches Gesicht hatte, so redete ich sie an, und sie gab mir Antwort. So war es, und das übrige können Sie sich schneller denken als ich es Ihnen erzähle.“

Abermals hatte Stephen eine unwillkürliche Abneigung gegen die alte Frau zu bekämpfen, obgleich sie in ihrem ganzen Wesen so einfach und ehrlich war, als man nur sein kann. Mit der ihm und Rahel eigenen Gutmütigkeit fuhr er fort, trotzdem über den Gegenstand zu sprechen, der die alte Frau interessierte.

„Na, Missus,“ sagte er, „ich habe die Dame gesehen und kann Ihnen sagen, daß sie jung und schön ist. Sie hat hübsche, dunkle, kluge Augen und ein solches süßes Wesen: ich habe so etwas noch niemals gesehen.“

„Jung und schön. Wirklich?“ rief die alte Frau voll Enthusiasmus. „Süß wie ein Röschen! Nicht wahr? Sie muß eine glückliche Frau sein!“

„Na, ich nehme an, daß sie es ist,“ sagte Stephen, aber nicht, ohne Rahel einen zweifelhaften Blick zuzuwenden.

„Sie nehmen es nur an? Sie muß ja glücklich sein, denn sie ist die Frau Ihres Herrn!“ rief die Alte.

Stephen nickte zustimmend.

„Was das betrifft, daß er mein Herr ist,“ sagte er dann, Rahel wieder anblickend, „so ist es damit aus und vorbei. Es ist alles vorbei zwischen uns beiden.“

„Sagt du die Arbeit aufgegeben?“ fragte Rahel schnell und ängstlich.

„Na, ob ich meine Arbeit oder seine Arbeit mich aufgegeben hat, Rahel, das kommt ja am Ende auf eins heraus,“ entgegnete Stephen. „Genug, wir haben nichts mehr miteinander zu tun. Es ist auch gut so — ja, es ist so am besten, dachte ich eben, als wir uns trafen. Es würde nur eine Unannehmlichkeit nach der andern daraus entstanden sein, wenn ich hier geblieben wäre. Vielleicht ist es gut für die anderen, daß ich gehe, vielleicht auch gut für mich — jedenfalls muß es sein. Ich muß eine Weile fort aus Coketown, muß mein Glück anderwärts versuchen und von vorne anfangen.“

„Wohin willst du gehen, Stephen?“

„Das weiß ich heute noch nicht,“ sagte er, indem er seinen Hut etwas küstete und sein dünnes Haar mit der Hand glatt strich. „Aber ich gehe auch heute abend noch nicht, und morgen auch noch nicht. Es ist gar nicht so leicht zu sagen — aber ich denke, es wird mir schon ein Einfall kommen.“

Auch hierin kam ihm seine selbstlose Gemütsart zu statten. Ehe er noch Mr. Bounderbys Tür hinter sich geschlossen, war der Gedanke in ihm aufgestiegen, daß es wenigstens für Rahel gut sein würde, wenn er ginge, weil es ihr die Unannehmlichkeiten ersparte, die für sie daraus entspringen konnten, wenn sie zu ihm hielt. Obgleich ihm die Trennung von ihr sehr schwer ankam, und obgleich er wußte, daß seine Ausstoßung ihn überall verfolgen mußte, war es ihm doch eine Art Erleichterung, daß er gezwungen war zu gehen, wenn auch ungekannte Schwierigkeiten und Leiden seiner warteten.

So konnte er denn mit vollem Rechte sagen: „Ich finde, daß es mir nicht so schwer wird, wie ich gedacht habe, Rahel.“

Und es war nicht ihre Art, ihm die Last schwerer zu machen. Sie antwortete mit einem freundlichen Lächeln, und alle drei gingen weiter.

einer selbständigen Ortsgruppe zu gestalten. Dank der energischen Führung durch den gewählten Vorsitzenden Kollegen Stranzbach, und der Mitarbeit einiger rühriger Kollegen, wurden seitdem weitere Fortschritte erzielt. Unser Hauptwerbemittel ist die Hausagitation. Ihr soll auch in Zukunft die größte Bedeutung beigemessen werden. Das Versammlungsleben ist gut. Das zeigte sich auch bei unserer letzten Mitgliederversammlung in der unser Bezirksleiter, Kollege Kreis-Berlin über „den Kampf um die Arbeitslosenversicherung“ referierte. Der Referent gab uns wertvolle Fingerzeige für unsere künftige Arbeit. Die Versammlung findet jeweils jeden 4. Dienstag im Monat im Evangelischen Vereinshaus, Dahmerstraße, statt. Die Kollegen werden aufgefordert, die Versammlung stets zu besuchen und sich mit Wesen und Ziele unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes vertraut zu machen und dadurch auch für die Zukunft den Aufstieg der Ortsgruppe zu sichern. K.

Resümee. Die Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt ihre diesjährige Generalversammlung im katholischen Vereinshaus „Prinz Karl“ ab. Der Besuch war zufriedenstellend. Gewerkschaftssekretär Kollege Brehel gab nach kurzer Begrüßung die Tagesordnung bekannt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Aus dem Inhalt ist zu erwähnen, daß das Jahr 1929 ein Jahr reicher Arbeit für unsere Ortsgruppe bedeutete, aber auch unsere christliche Organisationsarbeit um ein wichtiges Stück vorwärts gebracht hat. Hervorzuheben ist, daß uns die Werbearbeit so gestärkt hat, daß wir heute gegenüber unserer Mitgliederzahl vor einem Jahre auf einen Stand gekommen sind, auf den wir mit Stolz zurückblicken können. Die Geschäftsstelle war in Rechtschutzhangelagenheiten in Anspruch genommen, worüber Sekretär Brehel einen kurzen Rückblick machte, wo, in zahlreichen Fällen den Mitgliedern erhebliche Rechte erstritten bzw. erhalten werden konnten. Besonders gebührt dem Schriftführer Dank für die Verlesung der muster-gültigen Protokolle, welche einen Ueberblick gaben über alle abgehaltenen Versammlungsveranstaltungen für diejenigen Kollegen die im Laufe des Jahres abwesend waren. Den Kassenbericht gab Sekretär Brehel und dankte allen Kassierern für ihre Mitarbeit, besonders Kollegen Dogt, welcher jahrelang sein Vorgänger gewesen ist, als Hauptkassierer. Dieser Opfergeist muß sich auch im kommenden Jahre zeigen wenn eine erfolgreiche Arbeit geleistet werden soll. Darauf fand die Neuwahl des Vorstandes und der Kartellbelegierten statt. Mit wenigen Ergänzungen wurde der bewährte Vorstand wiedergewählt, wonach der erste Vorsitzende die Generalversammlung weiterleitete und allen Vorstandsgliedern für ihre intensive Mitarbeit vielen Dank zollte. Er ersuchte den gesamten Vorstand, sowie alle Mitglieder, soweit sie anwesend waren, im neuen Geschäftsjahre alle Kräfte für die Verwirklichung der Ideale des Christlichen Metallarbeiterverbandes einzusetzen. Unerfreulich ist der hohe Stand der Arbeitslosenziffer auch hier am Orte. Unsere Verbandsmitglieder sind von der Arbeitslosigkeit nicht verschont geblieben, denn ein Teil unserer Mitglieder ist im Laufe der letzten Zeit von Arbeitslosigkeit betroffen worden. Aber gerade dies muß uns anfeuern zur intensivsten Stärkung der Geisteskraft unseres Verbandes. Der erste Vorsitzende wies auf die Bestrebungen der Metallgewaltigen hin, wodurch die Kämpfe im neuen Jahre noch nicht ihren Stillstand erhalten werden und es deshalb Aufgabe der Mitglieder sei dafür Sorge zu tragen, daß ein jeder einzelne in der Agitation sich einsehen möge für die weitere Entwicklung des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Vorsitzender erinnerte alle Mitglieder, welche Erstattungsgründe nachweisen können, an die

Rückzahlung von Lohnsteuer für 1929. An alle Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion an. In später Abendstunde konnte dann die schön verlaufene Versammlung geschlossen werden. Lucas.

Olpe. Der letzte Akt der Tragödie der Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke rückt näher. Am 26. Februar wurden die Tore des Betriebes für die Belegschaft geschlossen. Ueber 200 Arbeiter und Angestellte mit fast 700 Angehörigen wurden damit arbeitslos — dem Hunger und Elend preisgegeben. Was kümmert die heutigen, gewaltigen Kartells und Trusts — die nur von Gewinnsucht getrieben — der Mensch —, das Wohlergehen der Familien. Sie überlassen es der Gemeinschaft und dem Staate für deren Unterhalt aufzukommen. Zum letzten Male hatte der Betriebsrat die Arbeiterschaft am Mittwoch dem 19. Februar, zu einer Versammlung zum „Kölner Hof“ eingeladen. Männer im besten Mannesalter, von der Arbeit gebeugt und künere, alle waren herbeigeeilt um aus berufenem Munde zu hören, weshalb ihr Werk, das ihnen teilweise 45 Jahre Arbeit und Verdienst gab stillgelegt würde. Der langjährige Vorsitzende des Betriebsrates Otto Schmidt, eröffnete die Versammlung, schilderte die letzten Ereignisse und machte bekannt, daß die Stilllegung des Werkes am 26. Februar erfolge. Kollege Gerhardus behandelte in seinem Vortrag die Rationalisierung in ihren verschiedenen Stufen und daß die heutige Konzentration in der deutschen Wirtschaft eine der Hauptursachen für die große Arbeitslosigkeit sei. Eine der betrüblichsten Erscheinungen der letzten zwei Jahre, sei der sogenannte Quotenhandel. Die Quote der Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke sei von Berg-Hedmann-Gelbe gekauft worden. Bedauerlich ist die Stilllegung deshalb weil die Stadt selbst und die umliegenden Dörfer schon stark unter Arbeitslosigkeit leiden. Wirtschafts- und bevölkerungspolitisch sei die Stilllegung eines Reichsbetriebes in der heutigen Zeit unfassbar, zumal in den letzten Jahren das Werk modernisiert worden sei. Redner schilderte die Bemühungen der Behörden, Gewerkschaften und führender Reichstagsabgeordneter um die Stilllegung zu vermeiden und die Arbeiterschaft vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Kollege Wehner betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften, um das Mitbestimmungsrecht in der heutigen Wirtschaft mehr auszubauen. Die Arbeiterschaft müsse unbedingt mehr Einfluß auf die heutige Rationalisierungsmaßnahmen gewinnen. Am Schlusse der Versammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich mit der durch die Schließung erschwerten Lage auf dem Arbeitsmarkt und mit der weiteren Notlage der Arbeiterschaft befaßte. G.

Sömmerda. Unsere diesjährige Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Der erste Vorsitzende, Kollege Hartung, legte den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr vor. Befriedigt können wir auf die getane Arbeit zurückblicken. Danach gab der erste Kassierer, Kollege Gustav Bauroth, seinen Kassenbericht. Trotz sehr hoher Ausgaben, hervorgerufen durch Krankheit und Arbeitslosigkeit, sowie Anschaffung eines Bücherchranks, sind unsere Kassenverhältnisse befriedigend. Bei der Wahl des Vorstandes waren einige Verschiebungen zu verzeichnen. Unser langjähriger erster Vorsitzender hat, von einer Wiederwahl seiner Person, seiner Gesundheit Rechnung tragend, abzusehen. Aber auch die Jugend soll ihren Mann stehen, um dieses zu beweisen, wurde Kollege Kurt Gaußer als 1. Vorsitzender gewählt.

Nach der Wahl konnte unser Kollege Otto Brötling (Erfurt) zu

Das Alter besonders wenn es heiter und in sich begnügt ist, findet unter den armen Leuten immer Schonung und Achtung, und die alte Frau war so bescheiden und zufrieden und machte von den Schwächen des Alters, obgleich diese sich seit ihrem letzten Zusammentreffen mit Stephen bedeutend vermehrt hatten, so wenig Aufhebens, daß beide Wohlgefallen an ihr fanden. Sie war viel zu lebhaft, um zuzugeben, daß die andern um ihrertwillen langsamer gingen, aber sie nahm es dankbar an, daß sie sich mit ihr unterhielten und sprach selbst so gern, daß sie, in der Nähe von Stephens Wohnung angekommen, nur noch munterer und aufgeräumter schien als zuvor.

„Steigen Sie mit hinauf in meine bescheidene Wohnung, Missus, und trinken Sie eine Tasse Tee bei mir.“ sagte Stephen Blackpool. „Rahel kommt dann auch mit, und ich begleite Sie später nach Ihrem Wirtshause. Es wird vielleicht viel Zeit vergehen, ehe ich Aussicht habe, wieder einmal mit dir zusammenzukommen. Rahel.“

Die beiden Frauen willigten ein und alle drei begaben sich nach Stephens Wohnung. Als sie in die enge Straße einbogen, blickte er in der Besichtigung, die sich stets an sein trauriges Daheim knüpfte, nach dem Fenster hinauf. Aber es war noch offen, wie er es verlassen hatte — es war niemand dort. Der böse Dämon seines Lebens hatte ihn bereits vor Monaten wieder verlassen und er hatte seitdem nichts mehr von dem Weibe gehört. Nur die Derringerung seines Hausrats und die Vermehrung seiner grauen Haare gaben Zeugnis von ihrem letzten Sierlein.

Stephen zündete ein Licht an, setzte sein einfaches Teezeug auf den Tisch, holte Wasser von unten herauf sowie etwas Tee, Zucker, ein Brot und ein Stückchen Butter aus dem nächsten Laden. Das Brot war frisch und knusprig, die Butter süß und der Zucker weiß — eine neue Bestätigung der Behauptung, welche die Magnaten von Coketown aufzustellen pflegten, daß diese Leute wie die Fürsten leben. Rahel bereitete den Tee (die zahlreiche Gesellschaft machte das Vorgehen einer Tasse nötig), und die alte Frau genoss ihn mit großem Behagen. Seit vielen Tagen waren dies für Stephen die einzigen Momente menschlichen Verkehrs, und auch er — vor dem die Welt lag wie eine weite Wüste — erfreute sich des Mahles; wieder eine Bestätigung, wie recht die reichen Leute von Coketown hatten, wenn sie sagten, daß es diesen Menschen an aller Berechnung und Sorge für die Zukunft mangelt.

„Ich habe noch gar nicht daran gedacht, Missus, Sie nach Ihrem Namen zu fragen.“ sagte Stephen endlich.

Die alte Frau entgegnete, sie heiße Frau Pegler.

„Witwe, nicht wahr?“ fragte Stephen weiter.

„O, jetzt vielen vielen Jahren!“ Frau Peglers Mann (er hatte zu den besten auf der Welt gehört) war nach ihrer Berechnung gestorben, ehe Stephen geboren sein konnte.

„Ein schwerer Schlag, solchen guten Mann zu verlieren,“ sagte Stephen. „Haben Sie Kinder?“

Die Obertasse, welche in der Untertasse klapperte, verriet eine gewisse nervöse Erregung der alten Frau bei dieser Frage.

„Rein.“ sagte sie. „nein, ich habe keine Kinder mehr.“

„Sie sind vielleicht gestorben Stephen.“ bemerkte Rahel leise.

„Dann tut es mir leid davon gesprochen zu haben,“ sagte Stephen. „Ich habe nicht bedacht, daß ich da eine wunde Stelle berühren könnte und mache mir Vorwürfe darüber.“

Während er sich auf diese Weise zu entschuldigen suchte, klapperte die Tasse der alten Frau immer lauter.

„Ich hatte einen Sohn.“ sagte sie endlich in eigentümlicher Verwirrung, aber ohne alle gewöhnlichen Zeichen des Schmerzes — „einen Sohn, der auch herrlich einschlug. Aber ich möchte nicht von ihm sprechen. Er ist“ — hier machte sie, nachdem sie ihre Tasse niedergesetzt hatte, ein Zeichen mit der Hand, als wollte sie sagen: „tot!“ Aber laut setzte sie hinzu: „Ich habe ihn verloren.“

Stephen hatte sich noch nicht darüber zufrieden gegeben, daß er in der alten Frau so schmerzliche Erinnerungen wachgerufen, als seine Wirtin die enge Treppe heraufgestolpert kam, ihn an die Tür rief und ihm etwas zuflüsterte. Frau Pegler schien sehr seine Ohren zu haben, denn sie hing eins der halblaut gesprochenen Worte auf.

„Mr. Bounderby,“ rief sie mit unterdrückter Stimme, indem sie vom Tische aufsprang. „O bitte verstecken Sie mich! Daß er mich nur um

seinem Vortrag: „Rückblick und Ausblick“ übergehen. Seinem Vortrag entnehmen wir, daß den Sozialeinrichtungen eine große Aufmerksamkeit unserer Bewegung zu widmen ist. Es wird mit allen Mitteln versucht, eine Bresche in diesen Bau zu schlagen. Die Lohnfragen im vergangenen Jahre waren stark von der großen Arbeitslosigkeit beeinflusst. Es muß ein großer Wert darauf gelegt werden unsere berechtigten Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen um wirksam den falschen Darstellungen, wie dieselben bis heute erscheinen, zu begegnen. Mit neuem Ansporn für ein weiteres gutes Vorwärtstreben, beendete Kollege Brötling

seinen Vortrag. Den Glanzpunkt unserer Versammlung brachte die Wahl unseres Kollegen Otto Hartung zum Ehrenvorsitzenden. Kein schwerer Jahre hindurch hatte er die Ortsgruppe mit fester sicherer Hand, über alle Klippen sicher hinweggebracht. In bewegten Worten dankte er den Kollegen für die ihm bewiesene Treue und gedachte der schweren Zeit wo er trotz allem Unbill die Beweggründe zur Gründung der hiesigen Ortsgruppe gefunden hatte. Mit dem Bewußtsein, neue Anregung aller Kräfte für die Arbeit in diesem Jahre mitzunehmen, konnte um 2 Uhr die Versammlung geschlossen werden.

Branchenbewegung

Heizer und Maschinisten

Ein wichtiges Buch für Heizer und Maschinisten ist in neuer Auflage erschienen.

Wurt-Digener, Hilfsbuch für Maschinisten und Heizer. Ein Nachschlagewerk für jeden Berufsgenossen. Zwölfte verbesserte Auflage mit 258 Abbildungen. Preis in Ganzleinen 6.80 RM. Verlag Schmeißer u. Thal, Leipzig, 1930.

Wie schon seit 25 Jahren, soll auch die neue Auflage dieses Hilfsbuches vorzüglich dem Stand der Maschinisten und Heizer bei der Ausübung ihrer Berufstätigkeit die nötige Unterstützung bieten. Aus diesem Grunde ist besonders Wert darauf gelegt worden, den umfangreichen Inhalt leichtverständlich zu machen.

Auch in der 12. Auflage steht voran ein kurzgefaßter Abschnitt über die Wärme. Es folgen dann die Brennstoffe und ihre Verwertung in der Feuerungsanlage, weiter die verschiedenen Arten von Kesseln, Kolbenmaschinen, Turbinen und Armaturen. Einen breiten Raum nehmen die Untersuchungen von Kesseln, Maschinen und Hilfsanlagen ein. Infolgedessen kann der Maschinist oder Heizer, wenn er auf sich selbst angewiesen ist, in vielen Fällen sich Rat holen aus diesem Buche und so aufgekommene Störungen selbst beseitigen. Das um so öfter weil besondere Abschnitte über Kraftübertragung, Wasserpumpen, Lüftung, Heizung, Beleuchtung und Elektrotechnik in dem Buch enthalten sind.

Der gesamte Inhalt ist so angefaßt worden, daß sich das Buch gleichermaßen für die Praxis wie zum Lehrbetrieb in den Fachschulen eignet.

H.

Industrieisenbahner

Am Sonntag, den 23. Februar 1930, fand die Gründungsversammlung der Industrieisenbahner Duisburgs statt. Zwanzig Eisenbahner waren erschienen. Kollege Vogt von der Ortsverwaltung Duisburg begrüßte die Erschienenen und sprach über Zweck und Ziel der Branchengruppe. Schon lange ging der Christliche Metallarbeiterverband dazu über Fachgruppen zu gründen, um den einzelnen mit seinem Berufe vertraut zu machen, berufliche und fachliche Weiterbildung pflegen, die

Gefahren des Berufes kennenzulernen. In unseren Fachsektionen sollen sich die einzelnen näher kennenlernen, weil der Beruf sie ja miteinander verbindet. Mehr als bisher müssen wir uns zusammenschließen, um unsere Belange als Arbeiter wahrnehmen zu wollen. Durch den Zusammenschluß der einzelnen in Fachgruppen ist der Zusammenschluß im Verbande besser. Die nötige Aufklärung, die die heutige Zeit erfordert, kann in den großen Versammlungen nicht allein gegeben werden während in den Branchenversammlungen sämtliche Fragen bis ins kleinste besprochen werden können. Nach all diesem letzte eine rege Aussprache ein und allgemein gab man der Freude Ausdruck, daß endlich die schon lang ins Leben gerufene Branchengruppe der Eisenbahner heute ihre Gründung zu verzeichnen habe. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: Kollege Dognas wurde Branchenvorstand Schriftführer Kollege Meißer und als Beisitzer wurde der Kollege Ebben gewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurde von den einzelnen Kollegen manches im Eisenbahnwesen gerügt. Das Signalwesen auf manchen Werken sei nicht so wie es sein müsse. Ganz besonders bemängelte man die Zurücksetzung der Eisenbahner als nicht gleichberechtigter Faktor im Produktionsprozeß. Mit dem Wunsche, sämtliche Industrieisenbahner möchten sich zu Fachsektionen zusammenschließen im Christlichen Metallarbeiterverband; denn nur der Christliche Metallarbeiterverband gebe die Gewähr, daß die Interessen der Eisenbahner gewahrt würden schloß man die Versammlung um 1 Uhr. V.

Kalkulationskursus für Maschinenarbeiter

Der Kalkulationskursus, den der Christliche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Duisburg, veranstaltet, erfreut sich eines ganz besonderen Interesses. Die gute Beteiligung und vor allen Dingen die konstant gebliebene Teilnehmerzahl zeigt dieses mit aller Deutlichkeit. Dieses Interesse findet seine Begründung in der wissenschaftlichen Betriebsführung, die heute fast in allen Betrieben zur Anwendung gekommen ist.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Betriebsführung ist die moderne Vorkalkulation. Bei derselben ist es heute doch so daß der Arbeiter an den Werkzeugmaschinen den Preis der für das jeweilige Werkstück von dem Kalkulationsbüro angegeben wird ohne irgendwelche theoretische Nachprüfung als richtig annehmen muß. Er hat es des öfteren wohl im Gefühl, daß die errechnete Zeit nicht stimmt. Beweisen daß etwas seine Richtige

Gottes willen nicht steht! Lassen Sie ihn nicht heraufkommen, bis ich fort bin; bitte, bitte!" In zitternder Aufregung wollte sie sich hinter Rahel verstecken, die sie zu beruhigen suchte — aber sie schien kaum zu wissen, was sie tat.

„So hören Sie doch, Missus, hören Sie doch!" rief Stephen verwundert. „Es ist ja gar nicht Mr. Boudersby, es ist seine Frau. Vor ihr brauchen Sie sich nicht zu fürchten. Noch vor einer Stunde hatten Sie ja keinen größeren Wunsch als sie zu sehen!"

„Wissen Sie es gewiß, daß es nur seine Frau und nicht er selber ist?" fragte Frau Pegler noch immer zitternd.

„Ganz gewiß"

„Nun, dann bitte, sprechen Sie nicht von mir, geben Sie nicht acht auf mich," rief die alte Frau. „Lassen Sie mich ganz still hier in der Ecke sitzen!"

Stephen nickte, sah Rahel an, als ob er von ihr eine Erklärung erwartete, die sie nicht geben konnte, nahm dann das Licht vom Tisch, ging hinunter und kehrte nach wenigen Augenblicken mit Luise zurück, die von ihrem Bruder begleitet war.

Rahel war aufgestanden und mit ihrem Tuche und ihrem Hute in der Hand beiseite getreten, als Stephen das Licht auf den Tisch stellte. Dann blieb auch er mit auf den Tisch gestützter Hand stehen und erwartete, daß man ihn anredete.

Zum ersten Male im Leben befand sich Luise in der Wohnung eines der Arbeiter von Coketown; zum ersten Male stand sie einem Individuum, das dieser Rasse angehörte persönlich gegenüber. Sie wußte, daß Hunderte und Tausende solcher Menschen existierten, wußte, wieviel Arbeit eine gegebene Zahl von ihnen in einer gegebenen Zeit produzieren konnte. Sie hatte sie oft in Scharen gesehen, wenn sie wie Bienen oder Ameisen nach ihren Arbeitsstätten oder nach Hause zogen, aber sie wußte aus Büchern unendlich viel mehr von den arbeitenden Insekten als von diesen arbeitenden Männern und Frauen.

Sie waren für sie eine Masse von Leuten, die soundso viel leisteten und dafür soundso viel bezahlt bekamen, nichts weiter — Leute, deren Angelegenheiten durch die unumstößlichen Gesetze von Angebot und Nach-

frage geregelt wurden — Leute, die zuweilen gegen diese Gesetze verstießen und dann in allerlei Unannehmlichkeiten gerieten — Leute, denen es in teuren Zeiten etwas knapp ging und die sich überaßen wenn der Weizen billig war — Leute, die sich um einen bestimmten Prozentsatz vermehrten und einen bestimmten Prozentsatz von Verbrechen und Armut stellten — Leute, mit denen sich en masse große Reichtümer erwerben ließen — Leute, die sich zuweilen erhoben wie ein stürmisches Meer, dann einigen Schaden anrichteten, der meist zu ihrem eigenen Nachteil ausfiel, und sich endlich wieder beruhigten — das war das, was sie von den Arbeitern in Coketown wußte. Aber diese Masse in einzelne Individuen zu zerlegen und sie als solche zu betrachten, war ihr bis jetzt ebensowenig eingefallen, wie sie daran gedacht hatte, die See in einzelne Tropfen aufzulösen.

Luise blieb einige Augenblicke stehen und sah sich im Zimmer um. Ihr Blick fiel nachdem er die wenigen Bücher, die wenigen Stühle und wertlosen Bilder gestreift, auf Stephen und die beiden Frauen.

„Ich bin hierher gekommen um mit Ihnen über die Vorgänge von vorher zu sprechen," sagte sie. „Ich möchte Ihnen, wenn Sie es mir gestatten, nützlich sein. Ist das Ihre Frau?"

Rahel sah mit einem Blicke auf, der deutlich „nein" sagte, dann senkte sie die Augen.

„Ach, ich entsinne mich," sagte Luise, indem sie über ihren Irrtum ertöbete. „Ich entsinne mich, von Ihrem häuslichen Mißgeschick gehört zu haben — aber ich achtete damals nicht auf die Einzelheiten und es war nicht meine Absicht, jemand durch die Frage zu verletzen. Sollte ich noch eine oder die andere ungeschickte Äußerung tun, so bitte, trauen Sie mir zu daß es nur aus Unkenntnis geschieht."

Wie Stephen sich in seiner Unterredung mit Mr. Boudersby unwillkürlich immer an sie gewendet hatte, so wendete sich Luise jetzt an Rahel. Ihre Art zu sprechen war kurz, abgebrochen, dabei gleichzeitig stockend und schüchtern.

„Er hat Ihnen gesagt, was zwischen ihm und meinem Mann vorgegangen ist?" fragte sie. „Er nahm gewiß zuerst seine Zucht zu Ihnen."

„Ich weiß nur, welches Ende die Unterredung hatte," entgegnete Rahel.

Zeit nicht hat, das kann er vor Beginn des zu bearbeitenden Werkstückes nicht. Jetzt sehen vielfach große Auseinandersetzungen ein. Der Kalkulator, der sich von seiner Kurtheorie nicht abbringen läßt, behält die Oberhand. Verärgert und verbittert geht der Kollege wieder an seine Arbeit. Die Akkord-Kommission kann aus Rücksichtnahme dieser Materie vor Fertigstellung des Werkstückes keine positive Arbeit für den Kollegen leisten.

So sehen wir schon die Bedeutung und die Notwendigkeit derartiger Sachkurse für die Kollegen an den Werkzeugmaschinen. Für unsere Kollegen bedeutet ein derartiger Kursus eine gute Selbsthilfe gegen die Auswüchse auf dem Gebiete der Kalkulation.

Für die Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute in diesen Betrieben ein Mittel für eine gute Interessen-Vertretung unserer Kollegen und zur Gewinnung der Unorganisierten ein gutes Werbemittel. R.

Aus den Betrieben

Karl Kühme 75 Jahre

Der Senior und das Hauptvorstandsmitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter. Karl Kühme, wurde vor einigen Tagen 75 Jahre alt. Er verkörpert für den Bergbau ein bedeutames Stück Geschichte des Kampfes um den Aufstieg der Bergarbeiterschaft. Geboren 1855, machte Kühme alle Phasen des Bergarbeiterlebens durch und betätigte sich schon früh in den Selbsthilfeorganisationen der Bergarbeiter. Er war maßgeblich beteiligt an den Gründungen der Rechtshilfevereine im Ruhrgebiet, die unter dem Sozialistengesetz der Deckmantel für gewerkschaftliche Bestrebungen waren. gründete 1889 mit den „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen von Rheinland und Westfalen“, trat infolge Christentumsfeindlichkeit des Verbandes aus und war 1894 Mitbegründer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter.

Kühmes vornehmliche Tätigkeit ist das Rechtshilfswesen. Der Christliche Metallarbeiterverband wünscht dem lieben Kollegen Kühme, der ein Leben voll Opfermut und Hingabe für die Bewegung geführt hat, daß ihm noch viele Jahre voll Gesundheit und bewährter Schaffensfreude beschert werden mögen. W.

Saarbergbau

Sitzung des Haupttarifausschusses. In der letzten Sitzung des Haupttarifausschusses standen 15 Beschwerdefälle zur Verhandlung. In sechs Fällen handelte es sich nach Ansicht der Betroffenen um ungerechte Bestrafung. Drei andere Fälle betrafen die Lieferung von Deputatkohlen. Drei Beschwerdeführer verlangten eine von der Inspektion verweigerte Schichtvergütung. Bei den Restfällen handelte es sich um die Erstattung des Wertes entwendeter Gegenstände.

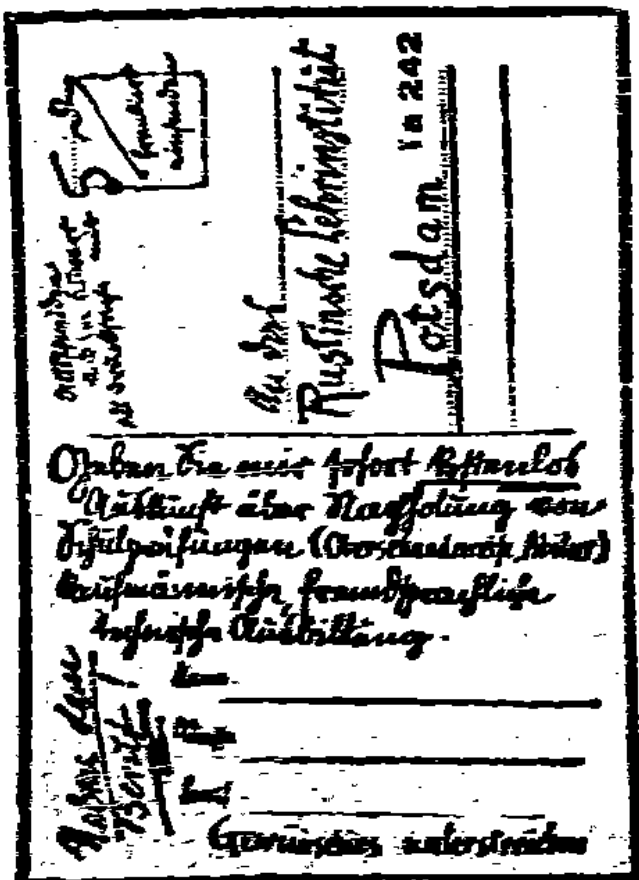
In sechs Beschwerdefällen wurde leider keine Einigung erzielt, und die Beschwerden blieben unberücksichtigt. Vier Beschwerden mußten wegen Fristverfallens und Nichtzuständigkeit zurückgewiesen werden. Dreimal wurden Strafen herabgesetzt bzw. Ansprüche teilweise anerkannt, während in zwei Fällen volle Einigkeit erzielt wurde.

Zusammengefasst kann gesagt werden, daß doch in der einen oder anderen Frage mehr Entgegenkommen von der Direktion am Platze gewesen wäre und daß die „Autorität“ der nachgeordneten Instanzen auf den einzelnen Gruben etwas zu stark geschwächt wurde.

Es gibt nun einmal auf den verschiedenen Gruben „Vorgesetzte“ (wir weisen auf die Grube Reden hin), die glauben, nur mit Strafen ihre Eignung als Vorgesetzte beweisen zu können. Derartige „Beamte“ werden wir nicht nur in unserem Verbandsorgan in Zukunft nach jeder Richtung hin beleuchten, sondern vor allem auch von der Direktion verlangen müssen, daß diese Elemente, deren sich jeder anständig denkende französische Grubenchef schämen sollte, dort verwendet werden, wo sie keinen Schaden anrichten. . . . k.

Lohnausfälle bei vorübergehendem Versagen des elektrischen Stromes

In der Silber- und Alpakawarenfabrik Gebr. K. in Döbeln (Sachsen) traten am 25. Februar und 8. März 1929 infolge Ausbleibens des elektrischen Stromes kurze Betriebsstörungen ein. Sechzig Arbeiter, darunter die klagenden Schleifer, Polierer, Silberschmiede und Galvaniseure, mußten die Arbeit niederlegen. Sie hielten sich aber, ohne daß eine besondere Anordnung von der Betriebsleitung erging, während dieser kurzen Unterbrechungen im Betriebe arbeitsbereit, um bei der Wiederkehr des Stromes der jeden Augenblick zu erwarten war, die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Für den Betrieb ist in der Arbeitsordnung von 1921 in § 14 bestimmt, daß nur die Zeit, während der wirklich gearbeitet worden ist, bezahlt werde. § 19 legt fest, daß ein Lohnanspruch nicht bestehe bei Betriebsstörungen, die die Arbeitgeberin gesetzlich nicht zu vertreten habe. Auf Grund dieser Bestimmungen, hielt die Unter-



nehmerin sich für berechtigt, den Arbeitern den Lohn für die Zeit der Betriebsstörung zu kürzen. Dem widersprachen jedoch die Kläger und erhoben schließlich Klage auf Rückzahlung der einbehaltenen Lohnbeträge mit der Begründung, daß die beklagte Firma nach den Grundsätzen über das Betriebsrisiko für Störungen der vorliegenden Art als Unternehmerin, die mit solchen Vorkommnissen rechnen müsse, allein zu haften habe. Daran könne § 19 der Arbeitsordnung nichts ändern. Arbeitsgericht Döbeln und Landesarbeitsgericht Leipzig erkannten auch zugunsten der Arbeitnehmer. Das Reichsarbeitsgericht erkannte ebenso und schloß sich hinsichtlich der Frage der Verteilung des Betriebsrisikos der Auffassung der Arbeitnehmerseite an. Zur rechtlichen Würdigung des § 19 der Arbeitsordnung führte das RAO. folgendes aus: Es ist anzunehmen, daß mit dem Ausdruck „gesetzlich“ das gleiche wie „rechtlich“ gemeint ist, also der objektive Rechtszustand. Nur wenn die Beklagte nach diesem eine Betriebsstörung zu vertreten hat, ist sie zur Lohnzahlung verpflichtet. Das ist zu bejahen. Daran ändert auch nichts, daß diese Bestimmung im Jahre 1921 getroffen worden ist. Selbst wenn man davon ausgeht, daß sich der Rechtszustand in der Zwischenzeit geändert hat, so ist doch dieser vertraglichen Bestimmung die Bedeutung beizumessen, daß der jeweilige gesetzliche = rechtliche Zustand maßgebend sein sollte. (RAO. 456/29 vom 22. Februar 1930.)

Bekanntmachung

Sonntag, den 23. März, ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

- Grenzlandnot und Metallarbeiterschaft (G. W.), S. 177. Das westliche Grenzgebiet und unser Verband (Franz Schümmer, Köln), S. 178. Grenzlandpolitische Gewerkschaftsarbeit im Saargebiet (Otto Pich, Saarbrücken), S. 180. Schlesische Wirtschaftsnot und Metallarbeiter (Trauwinski, Breslau), S. 181. Grenzlandarbeit unseres Verbandes an der Weichsel (Galkowski, Danzig), S. 183. Der Geld des Grenzlandes, Andreas Hofer (Wbr.), S. 184. Grenzland und § 89a der Arbeitslosenversicherung (Chr. Schuch, Neurath-Eifel), S. 185. Bezirkskonferenz des Rheinischen Bezirks zu Köln (...er), S. 186. Hauptprobleme der Schlichtung (Prof. Dr. Joerges), S. 187. Die Betriebsratswahlen beginnen, S. 187. Lohnsteuererstattung für 1929, S. 189. Anträge auf Elternvertretung, S. 189.

Verbandsgebiet:

- Aischaffenburg (W.), S. 183. Enzheim (Sepler), S. 188. Zeilsberg (Oßpr. (Gr.), S. 188. Henningsdorf (Sankt), S. 189. Silden (Kienhaus), S. 189. Ludenwalde (K.), S. 189. Redarfum (Lucas), S. 190. Olpe (G.), S. 190. Sommerda (S.), S. 190.

Branchenbewegung:

- Seizer und Maschinisten (S.), S. 191. Industrieisenbahner (W.), S. 191. Kalkulationskursus für Maschinenarbeiter (R.), S. 191.

Aus den Betrieben:

- Karl Kühme 75 Jahre (W.), S. 192. Saarbergbau (...l.), S. 192. Lohnausfall bei vorübergehendem Versagen des elektrischen Stromes, S. 192.

Bekanntmachung:

Seite 192.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.